

Preussische Gesetzsammlung

— Nr. 19. —

(Nr. 10971.) Bekanntmachung, betreffend die abgeänderte Fassung des Stempelsteuergesetzes.
Vom 30. Juni 1909.

Auf Grund des Artikel V des Gesetzes vom 26. Juni 1909, betreffend die Abänderung des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895, wird der Text des Stempelsteuergesetzes und des Stempeltarifs in der vom 1. Juli 1909 an geltenden Fassung nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, den 30. Juni 1909.

Der Finanzminister.

Frhr. v. Rheinbaben.

Stempelsteuergesetz.

*geändert
§ 117
P. 117 f.
Meyerssanz
Pa. 9. S. 1924
S. 139*

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.,
verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

I. Abschnitt.

Von der Pflicht zur Entrichtung der Stempelsteuer.

§ 1.

Gegenstand der Stempelsteuer.

(1) Die in dem anliegenden Tarif aufgeführten Urkunden und die in der Tarifstelle 48 I erwähnten mündlichen Verträge unterliegen den darin bezeichneten Stempelabgaben.

(2) Stempelpflichtig sind Urkunden, welche mit dem Namen oder der Firma des Ausstellers unterzeichnet sind, insoweit nicht dieses Gesetz oder der Tarif entgegen-

stehende Bestimmungen enthält. Den unterschriftlich vollzogenen Urkunden stehen diejenigen gleich, unter welchen der Name oder die Firma des Ausstellers in seinem Auftrag unterschrieben oder mit seinem Wissen oder Willen durch Stempelaufdruck, Lithographie oder in irgend einer anderen Art mechanisch hergestellt ist.

(3) Ergibt sich die Einigung über ein Geschäft aus einem Briefwechsel oder einem Austausch sonstiger schriftlicher Mitteilungen, so wird in der Regel ein Stempel hierfür nicht erhoben. In einem solchen Falle tritt aber die Verpflichtung zur Entrichtung des betreffenden Stempels dann ein, wenn nach der Verkehrssitte über das Geschäft ein förmlicher schriftlicher Vertrag errichtet zu werden pflegt, diese Errichtung indessen nicht stattgefunden hat und von den Beteiligten beabsichtigt ist, durch den Briefwechsel oder den Austausch der sonstigen schriftlichen Mitteilungen die Aufnahme eines solchen Vertrags zu ersetzen.

§ 2.

Verhältnis des Auslandes zum Inlande.

(1) Der Stempelsteuer unterliegen auch die von Inländern oder von Ausländern im Ausland errichteten Urkunden über Geschäfte, welche im Inlande befindliche Gegenstände betreffen oder welche im Inlande zu erfüllen sind.

(2) Inland im Sinne dieses Gesetzes und des Tarifs ist der Geltungsbereich dieses Gesetzes.

(3) Auf die nach Abs. 1 zu entrichtende Stempelsteuer kann der in einem anderen Bundesstaate für die Urkunden entrichtete Stempel angerechnet werden, wenn von dem anderen Bundesstaate Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht geübt wird.

§ 3.

Allgemeine Grundsätze über die Stempelspflichtigkeit.

(1) Die Stempelspflichtigkeit einer Urkunde richtet sich nach ihrem Inhalte.

(2) Für die Stempelspflichtigkeit ist die Hinzufügung von Bedingungen, die Wiederaufhebung und die unterbliebene Ausführung des Geschäfts — vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen des Gesetzes oder des Tarifs — sowie die Vernichtung der Urkunde ohne Bedeutung.

(3) Urkunden, in denen ein Geschäft nur in der Form der Verdeutlichung oder Begründung einer anderen Erklärung erwähnt wird, sind in Ansehung jenes Geschäfts stempelpflichtig, wenn die Absicht auf die Beurkundung desselben gerichtet gewesen ist.

§ 4.

Sachliche Stempelsteuerbefreiungen.

(1) Von der Stempelsteuer sind befreit:

a) Urkunden über Gegenstände, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, wenn dieser Wert 150 Mark nicht übersteigt, insoweit nicht der Tarif entgegenstehende Bestimmungen enthält;

- b) Urkunden, welche wegen Bestimmung des Betrages öffentlicher Abgaben und Einziehung derselben und überhaupt wegen Leistungen an den Fiskus des Deutschen Reichs oder des Preussischen Staates infolge allgemeiner Vorschriften aufgenommen oder beigebracht werden müssen, sofern sie allein zu diesem Zwecke dienen;
 - c) die auf die Heeresergänzung und die Befreiung von dem Heeresdienste sowie von den Reserve- und Landwehrübungen bezüglichen amtlichen Urkunden;
 - d) die von der Auseinandersetzungsbehörde und deren Abgeordneten oder im Auftrag und auf Ersuchen derselben von anderen Behörden wie auch in den vorgesetzten Instanzen gepflogenen Verhandlungen, und zwar sowohl über den Hauptgegenstand der Auseinandersetzung als auch über die damit verbundenen Nebenpunkte, einschließlich aller hierzu gehöriger Urkunden, desgleichen Urkunden, die von anderen Behörden auf Antrag der Parteien ausgestellt werden, sofern sich letztere über die ihnen von der Auseinandersetzungsbehörde oder einem Abgeordneten derselben gemachte Auflage zur Beibringung solcher Urkunden ausweisen;
 - e) Urkunden wegen Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind (Enteignungen), ohne Unterschied, ob die Besitzveränderung selbst durch Enteignungsbeschluß oder durch freiwillige Veräußerungsgeschäfte bewirkt wird;
 - f) Abschriften, Auszüge und Bescheinigungen jeder Art aus den bei der Katasterverwaltung geführten beziehungsweise aufbewahrten Karten und sonstigen Schriftstücken;
 - g) Verfügungen und Verhandlungen der Schiedsmänner, soweit die Stempelspflichtigkeit derselben in der Tariffstelle „Vergleiche“ nicht ausdrücklich angeordnet ist (vergleiche auch § 13 Buchstaben a*) und § 15);
 - h) alle Urkunden über Gegenstände, denen durch frühere Gesetze oder landesherrliche Privilegien Stempelfreiheit bewilligt worden ist.
- (2) Die Befreiung zu a findet auch auf diejenigen Vollmachten Anwendung, aus deren Inhalt der Wert des Gegenstandes nicht ersichtlich ist, sofern nachgewiesen wird, daß der Wert den Betrag von 150 Mark nicht übersteigt.

§ 5.

Persönliche Stempelsteuerbefreiungen.

- (1) Von der Entrichtung der Stempelsteuer sind befreit:
 - a) der König, die Königin und die Königlichen Witwen;
 - b) der Fiskus des Deutschen Reichs und des Preussischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reichs oder des Preussischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind;

*) Jetzt § 13 Abs. 2.

- c) deutsche Kirchen und andere deutsche Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen;
- d) öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungsanstalten, ferner öffentliche Waisenhäuser, vom Staate genehmigte Hospitäler und andere Versorgungsanstalten, ferner vom Staate genehmigte Vereine für die Kleinkinderbewahranstalten sowie Stiftungen, welche als milde ausdrücklich anerkannt sind;
- e) öffentliche Schulen und Universitäten;
- f) Gemeinden (Gutsbezirke) und Verbände von solchen in Armen-, Schul- und Kirchenangelegenheiten;
- g) Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, minderbemittelten Familien oder Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt.

Sofern eine dieser Gesellschaften oder Genossenschaften ihr Statut und damit zugleich ihren Zweck in der Weise ändert, daß die vorstehend angegebenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, können alle Stempelbeträge, die mangels einer Befreiung fällig geworden sein würden, nachträglich binnen Jahresfrist eingefordert werden.

(2) Dem Staatsoberhaupt und dem Fiskus anderer Staaten als des Deutschen Reichs und des Preussischen Staates sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines solchen anderen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, und den Chefs der bei dem Deutschen Reiche oder bei Preußen beglaubigten Missionen kann die Stempelsteuerbefreiung gewährt werden, wenn der betreffende Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

(3) In den Fällen zu d bis g erstreckt sich die Stempelsteuerbefreiung nur auf inländische Anstalten, Stiftungen, Vereine usw. Diese Befreiung kann jedoch auch ausländischen Anstalten, Stiftungen, Vereinen usw. gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

(4) Die außerdem gewissen Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereinen usw. durch frühere Gesetze oder landesherrliche Privilegien bewilligten Steuerbefreiungen bleiben auch fernerhin in Kraft.

(5) Die nach den vorstehenden Bestimmungen von der Stempelsteuer befreiten Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereine usw. sind nicht befugt, diese Befreiung den Privatpersonen, mit welchen sie Verträge

eingehen, einzuräumen, wenn diese Personen an sich nach gesetzlicher Vorschrift zur Entrichtung des Stempels verbunden sind.

(6) Bei allen zweiseitigen Verträgen mit solchen Personen muß für den Vertrag die Hälfte des Stempels und für die Nebenausfertigungen außerdem der vorgeschriebene Stempel (§ 9) entrichtet werden.

(7) Bei Verträgen über Lieferungen an den Fiskus des Deutschen Reichs oder des Preussischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reichs oder des Preussischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, hat der Lieferungsübernehmer den vollen Betrag des Stempels zu entrichten.

§ 6.

Wertermittelung.

(1) Die Ermittlung des Wertes eines Gegenstandes zum Zwecke der Berechnung der Stempelsteuer ist auf den gemeinen Wert desselben zur Zeit der Beurkundung des Geschäfts zu richten.

(2) Ist einem der Vertragsschließenden ein Wahlrecht oder die Befugnis eingeräumt, innerhalb bestimmter Grenzen den Umfang der Leistung zu bestimmen, so wird die Stempelsteuer nach dem höchstmöglichen Werte des Gegenstandes des Geschäfts berechnet. Ist die Leistung nicht bis zu den bestimmten Grenzen erfolgt, so wird nach Ausführung des Geschäfts die gezahlte Stempelsteuer bis auf den der wirklichen Leistung entsprechenden Betrag erstattet.

(3) Bei Geldforderungen ist der aus der stempelpflichtigen Urkunde ersichtliche Geldebetrag, bei Kurs habenden Wertpapieren der Tageskurs als Wert anzusehen.

(4) Die Umrechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen erfolgt nach den für die Erhebung des Wechselstempels vom Bundesrate festgesetzten Mittelwerten und, insoweit solche nicht bestimmt worden sind, nach dem laufenden Kurse.

(5) Der Wert des Besizes einer Sache ist in der Regel dem Werte der Sache gleich zu achten.

(6) Der Wert eines Pfandrechts oder der Sicherstellung einer Forderung richtet sich nach dem Betrage der Forderung; hat der Gegenstand des Pfandrechts einen geringeren Wert, so ist dieser maßgebend.

(7) Der Wert einer Grunddienstbarkeit wird durch den Wert, welchen dieselbe für das herrschende Grundstück hat, und wenn der Betrag, um welchen sich der Wert des dienenden Grundstücks durch die Dienstbarkeit mindert, größer ist, durch diesen Betrag bestimmt.

(8) Der einjährige Wert von Nutzungen wird, wenn nicht aus der Urkunde ein höherer oder niederer Prozentsatz hervorgeht oder sonst festgestellt werden kann, zu vier vom Hundert des Wertes des Gegenstandes, welcher die Nutzung gewährt, angenommen.

(9) Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen ist das fünfundzwanzigfache ihres einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, sofern nicht die Vorschriften in den beiden nächstfolgenden Absätzen Anwendung finden oder anderweite die längste Dauer begrenzende Umstände in der Urkunde angegeben sind, das zwölfseinhalffache des einjährigen Betrages als Wert anzusehen.

(10) Der Wert von Nutzungen oder Leistungen auf Lebenszeit bestimmt sich nach dem zur Zeit ihres Anfanges erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode die Nutzung oder Leistung erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben

von 15 Jahren oder weniger auf das 18 fache		
über 15 Jahre bis zu 25 Jahren auf das 17 fache		
" 25 " " " 35 " " " 16 "		
" 35 " " " 45 " " " 14 "		
" 45 " " " 55 " " " 12 "		
" 55 " " " 65 " " " 8 ¹ / ₂ "		
" 65 " " " 75 " " " 5 "		
" 75 " " " 80 " " " 3 "		
" 80 " auf das 2 "		

des Wertes der einjährigen Nutzung oder Leistung angenommen.

(11) Ist die Dauer der Nutzungen oder Leistungen von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach den Bestimmungen im vorigen Absätze vorzunehmende Wertermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn die Nutzung oder Leistung bis zum Tode der letztversterbenden Person fort dauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.

(12) Der Gesamtwert der auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der beigefügten Hilfstabelle zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer der Nutzung oder Leistung noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder mehrerer Personen bedingt, so darf der nach den Bestimmungen der beiden vorhergehenden Absätze zu berechnende Wert nicht überschritten werden.

§ 7.

Verpflichtung der Privatpersonen, Behörden und Beamten zur Auskunfterteilung;
amtliches Ermittlungsverfahren.

(1) Die Steuerpflichtigen sind zur Erteilung der von den Zollbehörden oder den zur Einziehung oder Verwendung des Stempels noch sonst verpflichteten Behörden oder Beamten erforderlichen Auskunft über den Wert des Gegenstandes, soweit dazu nicht die Kenntnisse eines Sachverständigen oder besondere Ermittlungen erforderlich sind, verbunden.

(2) Wird in den vorgedachten Fällen der Aufforderung der Behörden oder Beamten nicht genügt, so kann die Zollbehörde die Säumnigen durch Festsetzung

und Einziehung von Ordnungsstrafen bis zu einem Gesamtbetrage von 60 Mark zur Befolgung der getroffenen Anordnungen anhalten, auch das zur Erledigung derselben Nötige auf Kosten der Säumnigen beschaffen. Der Festsetzung einer Ordnungsstrafe hat die Androhung derselben vorherzugehen.

(3) Tragen die Behörden oder Beamten Bedenken, die Angaben der Steuerpflichtigen als richtig anzunehmen, und findet eine Einigung mit den letzteren nicht statt, so sind die Behörden oder Beamten befugt, unter Zuziehung Sachverständiger, bei deren Auswahl etwaige Vorschläge der Steuerpflichtigen mit zu berücksichtigen sind, die für die Berechnung der Steuer erforderlichen Grundlagen zu ermitteln und danach die Steuer zu erheben. Die Kosten der Ermittlung fallen dem Steuerpflichtigen zur Last, wenn der ermittelte Wert den von dem Steuerpflichtigen angegebenen Wert um 10 Prozent oder mehr übersteigt. Die gezahlten Kosten werden erstattet, wenn im Verwaltungsweg oder im Rechtswege die Ermäßigung des Wertes auf einen nicht zum Kostenersatze verpflichtenden Betrag erfolgt.

(4) Wird von den Steuerpflichtigen gegen die Entscheidung der Zollbehörde der Rechtsweg beschritten, so bleibt die Zahlung des streitig gebliebenen Stempels bis zur Rechtskraft des Urteils ausgesetzt.

(5) Alle unmittelbaren und mittelbaren Behörden und Beamten sind verbunden, der Zollbehörde oder den zur Einziehung oder Verwendung des Stempels noch sonst verpflichteten Behörden oder Beamten Auskunft über die für die Festsetzung der Stempelsteuer in Betracht kommenden tatsächlichen Verhältnisse zu erteilen.

§ 8.

Unbestimmtheit des Wertes des Gegenstandes.

(1) Wenn bei einem Geschäft der Wert des Gegenstandes dergestalt unbestimmt ist, daß er von vornherein nicht festgestellt oder geschätzt werden kann, so hat der zur Entrichtung der Abgabe Verpflichtete die Urkunde innerhalb der in den §§ 15 und 16 angegebenen Fristen der Zollbehörde vorzulegen, welche das Erforderliche wegen der Überwachung, Sicherstellung und nachträglichen Zahlung der Stempelsteuer anordnen wird.

(2) Diese Bestimmung findet auch auf diejenigen Urkunden Anwendung, zu welchen Privatpersonen ohne amtliche Überwachung Stempelmarken verwenden dürfen.

§ 9.

Versteuerung mehrerer über denselben Gegenstand ausgestellter Urkunden.

(1) Werden über denselben Gegenstand mehrere Urkunden gleichen Inhalts ausgefertigt, so wird die auf dem Gegenstande ruhende Steuer nur zu einer derselben und zwar in der Regel zu derjenigen Urkunde, welche als Hauptausfertigung bezeichnet ist, verwendet; die übrigen Ausfertigungen sind mit demjenigen Stempel

zu versehen, welcher nach der Tariffstelle „Duplikate“ beizubringen ist. Eine Ausfertigung einer Verhandlung darf nur dann als Nebenausfertigung versteuert werden, wenn das Vorhandensein einer als Hauptausfertigung versteuerten Urkunde nachgewiesen wird.

(2) Bei Notariatsverhandlungen ist der Stempel zu der Urschrift zu verwenden. Die erste Ausfertigung ist stempelfrei, wenn die Ausfertigung als erste bezeichnet und auf derselben bescheinigt ist, welcher Stempel zu der Urschrift verwendet worden ist.

(3) Auf jeder zweiten und weiteren Ausfertigung oder amtlich beglaubigten Abschrift oder jedem amtlich beglaubigten Auszug aus einer stempelspflichtigen Urkunde muß bescheinigt werden, welcher Stempel zu der Hauptausfertigung oder Urschrift verwendet worden ist. Alle unmittelbaren und mittelbaren Beamten sind verpflichtet, auch die von ihnen gefertigten einfachen Abschriften stempelpflichtiger Urkunden mit dieser Bescheinigung zu versehen.

§ 10.

Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltener Gegenstände.

(1) Wenn bei Rechtsgeschäften über mehrere, verschiedenen Steuersätzen unterliegende Gegenstände das Entgelt ohne Angabe der Einzelwerte ungetrennt in einer Summe oder Leistung verabredet ist, so kommt für die Berechnung des Stempels der höchste Steuersatz zur Anwendung, sofern nicht von den Ausstellern der Urkunde auf derselben die Werte für die einzelnen Gegenstände innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen noch nachträglich angegeben werden. Trägt die Zollbehörde Bedenken, die ursprünglichen oder nachträglichen Angaben der Steuerpflichtigen über die Einzelwerte als richtig anzunehmen, so kommen die Vorschriften des dritten Absatzes des § 7 zur Anwendung.

(2) Enthält eine Urkunde verschiedene steuerpflichtige Geschäfte, so ist der Betrag des Stempels für jedes Geschäft besonders zu berechnen und die Urkunde mit der Summe dieser Stempelbeträge zu belegen.

(3) Sofern die einzelnen in einer Urkunde enthaltenen Geschäfte sich als Bestandteile eines einheitlichen, nach dem Tarife steuerpflichtigen Rechtsgeschäfts darstellen, ist nur der für das letztere vorgesehene Stempelbetrag zu entrichten.

§ 11.

Mindestbetrag der Stempelsteuer und Abstufungen derselben.

Die Stempelabgabe beträgt, insoweit dieses Gesetz und der Tarif nicht abweichende Bestimmungen enthalten, mindestens 0,50 Mark und steigt in Abstufungen von je 0,50 Mark, wobei überschießende Stempelbeträge auf 0,50 Mark abgerundet werden.

§ 12.

Verpflichtung zur Zahlung der Stempelsteuer.

- (1) Zur Zahlung der Stempelsteuer sind verpflichtet:
 - a) bei den von Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, aufgenommenen Verhandlungen oder erteilten Ausfertigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Auszügen und Genehmigungen aller Art diejenigen, auf deren Veranlassung die Schriftstücke aufgenommen oder erteilt sind;
 - b) bei einseitigen Verpflichtungen und Erklärungen diejenigen, welche die Schriftstücke ausgestellt haben;
 - c) bei Verträgen, einschließlich Punktationen, alle Teilnehmer, insoweit der Tarif nicht abweichende Bestimmungen enthält.
- (2) Von mehreren zur Zahlung der Stempelsteuer verpflichteten Personen haftet jede einzelne als Gesamtschuldner.

§ 13.

Haftbarkeit für die Stempelsteuer.

- (1) Für die Entrichtung der Stempelsteuer haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen die eigentlich Verpflichteten:
 - a) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften, Gewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung für die Stempel, welchen die von ihren Vorständen oder Geschäftsführern in ihrem Auftrag oder Namen errichteten Verhandlungen unterliegen;
 - b) bei Auktionen diejenigen, für deren Rechnung oder auf deren Veranlassung die Versteigerung stattgefunden hat, und die von diesen Personen zur Abhaltung der Auktionen Beauftragten;
 - c) jeder Inhaber oder Vorzeiger einer mit dem gesetzlichen Stempel nicht oder nicht ausreichend versehenen Urkunde, welcher ein rechtliches Interesse an dem Gegenstande derselben hat.
- (2) Ist die Stempelsteuer von den eigentlich Verpflichteten und denjenigen, die nach Abs. 1 haften, nicht zu erlangen, so haften hierfür einschließlich der Notare, jedoch ausschließlich der Schiedsmänner, diejenigen Beamten, welche die von ihnen aufgenommenen Urkunden vor erfolgter oder nicht ausreichend erfolgter Stempelverwendung aushändigen oder Ausfertigungen oder Abschriften erteilen oder wegen der Einziehung des Stempels die ihnen nach § 15 obliegenden Pflichten verabsäumen, insoweit ihnen ein Verschulden zur Last fällt, unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen die eigentlich Verpflichteten und diejenigen, die nach Abs. 1 haften.
- (3) Diese Bestimmung kommt auch dann zur Anwendung, wenn ein Notar den Entwurf einer Urkunde anfertigt und nach Vollziehung durch die Beteiligten die Unterschriften oder Handzeichen beglaubigt.

II. Abschnitt.

Von der Erfüllung der Stempelpflicht und den Folgen der Nichterfüllung.

§ 14.

Art der Erfüllung der Stempelpflicht.

- (1) Die Stempelpflicht wird erfüllt durch:
 - a) Niederschreiben der stempelpflichtigen Erklärung auf gestempeltes Papier;
 - b) Verwendung von Stempelmarken auf denjenigen Schriftstücken, zu welchen Stempelmarken ohne amtliche Überwachung verwendet werden dürfen;
 - c) Einreichung der stempelpflichtigen Urkunde oder, wenn diese nicht vorgelegt werden kann, einer den wesentlichen Inhalt der Urkunde enthaltenden Anzeige und Einzahlung des erforderlichen Geldbetrages bei einer zur Entwertung von Stempelzeichen befugten Amtsstelle;
 - d) Verwendung von Stempelmarken durch zur Entwertung derselben befugte Amtsstellen;
 - e) Barzahlung der Stempelabgabe in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe nach den Bestimmungen des Preussischen Gerichtskostengesetzes bei den Gerichtskosten zu vereinnahmen ist.

(2) Der Finanzminister ist ermächtigt, für den Verkehr bestimmter Personen statt der Erhebung des Stempels im einzelnen die Zahlung einer jährlichen Abfindungssumme zu gestatten. Die in diesem Verkehr errichteten Urkunden sind mit einem Hinweise darüber zu versehen, daß die Stempelpflicht durch die Vereinbarung einer Abfindungssumme erfüllt ist.

§ 15.

Zeit der Stempelverwendung bei den von Behörden und Beamten aufgenommenen Verhandlungen.

(1) Behörden und Beamte, einschließlich der Notare, jedoch ausschließlich der Schiedsmänner, haben zu allen von ihnen aufgenommenen Verhandlungen oder erteilten Ausfertigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Auszügen und Genehmigungen aller Art den Stempel vor deren Aushändigung, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Urkunden, zu verwenden. Ist der Stempel innerhalb dieser Frist von den Verpflichteten nicht beigebracht, so ist die zwangsweise Einziehung des Stempels binnen einer Woche bei der zuständigen Zollstelle von den vorbezeichneten Behörden und Beamten zu beantragen oder, wenn sie selbst zur zwangsweisen Einziehung von Geldern befugt sind, die zwangsweise Einziehung innerhalb der gleichen Frist anzuordnen. Dieser Bestimmung unterliegen auch diejenigen Urkunden, bei denen ein Notar den Entwurf

anfertigt und nach Vollziehung durch die Beteiligten die Unterschriften oder Handzeichen beglaubigt.

(2) In soweit die in der Tariffstelle „Erlaubniserteilungen“ unter c, f und l aufgeführten Urkunden einen den Betrag von 1 Mark 50 Pf. beziehungsweise 3 Mark übersteigenden Stempel erfordern, ist der Mehrbetrag von den Steuerpflichtigen erst binnen zwei Wochen nach dem Tage der Rechtskraft der Zuschrift über das Ergebnis der Veranlagung zur Gewerbesteuer oder der auf das eingelegte Rechtsmittel ergangenen Entscheidung beizubringen (§§ 32 und 35 ff. des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 — Gesetzsaml. S. 205 —).

(3) Für die Besteuerung der stempelpflichtigen Verhandlungen der Schiedsmänner haben die Parteien den Stempel binnen zwei Wochen nach dem Tage der Aufnahme zu der Urschrift der Verhandlung beizubringen und dem Schiedsmanne zuzustellen. Die Schiedsmänner haben auf jeder von ihnen erteilten Vergleichsausfertigung zu vermerken, welcher Stempel zu der Urschrift verwendet oder daß ein solcher nicht beigebracht worden ist.

§ 16.

Zeit der Stempelverwendung bei Verhandlungen der Privatpersonen.

(1) Bei den nicht auf Stempelpapier niedergeschriebenen Verhandlungen der Privatpersonen muß die Besteuerung bewirkt sein:

- a) bei Urkunden, zu welchen die Aussteller Stempelmarken ohne amtliche Überwachung verwenden dürfen, vor der Aushändigung, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung, vorbehaltlich der Bestimmung im § 14 Abs. 2;
- b) bei Schriftstücken über die Übertragung eines Kuxes (vgl. Tariffstelle „Kuxe“) vom Aussteller vor der Umschreibung im Gewerkenbuche, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung;
- c) bei Pacht- und Mietverträgen über unbewegliche Sachen innerhalb der in der Tariffstelle „Pacht- und Mietverträge“ angegebenen Frist;
- d) bei Gesellschaftsverträgen, die der Eintragung in das Handels- oder Genossenschaftsregister bedürfen, vor der Eintragung in die Register, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Errichtung;
- e) bei den von der Heeresverwaltung mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen und Verhandlungen über Lieferungen, Werkverdingungen und sonstige Leistungen, die erst im Falle einer Mobilmachung zur Ausführung kommen sollen, binnen zwei Wochen nach Eintritt der Mobilmachung;
- f) bei im Ausland errichteten Urkunden, bei denen Inländer beteiligt sind, binnen zwei Wochen nach dem Tage der Rückkehr der Inländer in das Inland, bei sonstigen im Ausland errichteten Urkunden, von denen im Inlande Gebrauch gemacht werden soll, vor dem Gebrauch;

- g) in allen übrigen Fällen vom Aussteller binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung.
- (2) Von jedem Inhaber oder Vorzeiger einer stempelspflichtigen Urkunde, welcher ein rechtliches Interesse an dem Gegenstande derselben hat, ist die Versteuerung der Urkunde binnen zwei Wochen nach dem Tage des Empfanges zu bewirken.
- (3) Bei Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche erst durch die Genehmigung oder den Beitritt einer Behörde oder eines Dritten Rechtswirksamkeit erlangen, beginnt den Ausstellern gegenüber die Frist für die Verwendung des Stempels mit dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem sie von der Genehmigung oder dem Beitritte Kenntnis erhalten haben.

§ 17.

Festsetzung von Geldstrafen gegen Privatpersonen.

- (1) Wer den Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer zuwiderhandelt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem vierfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber drei Mark beträgt.
- (2) Betreffen die gedachten Zuwiderhandlungen die in der Tariffstelle „Pacht- und Mietverträge“ aufgeführten Verzeichnisse oder Urkunden, zu welchen Privatpersonen Stempelmarken ohne amtliche Überwachung verwenden dürfen, so ist eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zehnfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber dreißig Mark beträgt.
- (3) Die gleiche Geldstrafe tritt ein, wenn
- a) bei Auflassungserklärungen und Umschreibungsanträgen ein geringerer Wert angegeben wird, als der nach den Vorschriften der Tariffstelle „Kauf- und Tauschverträge“ bei der Versteuerung der Kaufverträge berechnete Betrag der von dem Erwerber übernommenen Lasten und Leistungen, mit Einschluß des Preises und unter Zurechnung der vorbehaltenen Nutzungen;
 - b) bei Auflassungserklärungen und Umschreibungsanträgen eine Urkunde über das Rechtsgeschäft vorgelegt wird, welche dasselbe nicht so enthält, wie es unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist, und einem geringeren Stempel unterliegt, als die Beurkundung des wirklich verabredeten Rechtsgeschäfts erfordern würde.
- (4) Kann der Betrag des hinterzogenen Stempels nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe bis zu dreitausend Mark ein.
- (5) Die verwirkten Geldstrafen treffen jeden Unterzeichner oder Aussteller einer Urkunde besonders und in vollem Betrage.

(6) Bei Genossenschaften und Aktiengesellschaften sind die Geldstrafen gegen die Vorstandsmitglieder, bei Kommanditgesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegen die Geschäftsführer, bei Gewerkschaften gegen die Repräsentanten oder Grubenvorstände nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gesamtschuldners, festzusetzen. Ebenso ist zu verfahren, wenn mehrere Urkundenaussteller bei einem Geschäft als gemeinschaftliche Kontrahenten beteiligt sind.

(7) Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer unter I der Tarifstelle „Pacht- und Mietverträge“ trifft die Geldstrafe nur den Verpächter oder Vermieter.

§ 18.

Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Privatpersonen.

(1) Wenn in den Fällen des vorhergehenden Paragraphen aus den Umständen sich ergibt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist, so tritt statt der vorgedachten Geldstrafen eine Ordnungsstrafe bis zu dreihundert Mark ein.

(2) Diese Strafe haben auch Repräsentanten oder Grubenvorstände von Gewerkschaften verwirkt, wenn sie die Umschreibung von Rügen im Gewerkenbuche vor erfolgter Versteuerung der Übertragungsurkunden vornehmen.

(3) Dieselbe Strafe ziehen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, die im Gesetze mit keiner besonderen Strafe belegt sind, nach sich.

§ 19.

Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Beamte einschließlich Notare.

(1) Unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte, einschließlich der Notare, welche bei ihren amtlichen Verhandlungen oder bei den im Auftrag oder namens einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen die ihnen durch dieses Gesetz oder die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Versteuerung auferlegten Pflichten versäumen, sind, sofern nicht nach der Art des Vergehens wegen verletzter Amtspflicht eine höhere Strafe eintritt, mit einer Ordnungsstrafe bis zum Betrage des nicht verwendeten Stempels, jedoch nicht über einhundertfünfzig Mark, zu belegen.

(2) Die Privatpersonen, mit welchen die Verträge abgeschlossen sind, desgleichen die Inhaber oder Vorzeiger bleiben von Strafe frei.

(3) Bezüglich der Festsetzung der Strafen gegen Beamte, einschließlich Notare, kommt der § 60 des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 (Gesetzsamml. 1897 S. 237) zur Anwendung; die Ermäßigung oder Niederschlagung der Strafe kann durch dasjenige Ministerium angeordnet werden, zu dessen Verwaltung der Beamte gehört.

§ 20.

Strafffreiheit.

Wenn der Stempel entsprechend der Auskunft der zur Verwaltung des Stempelwesens bestellten Behörde verwendet worden ist, so treten die Strafen der §§ 17 bis 19 nicht ein.

§ 21.

Strafverfahren.

Bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz kommen hinsichtlich des Verwaltungsstrafverfahrens und der Voraussetzungen für die Zulässigkeit des gerichtlichen Strafverfahrens die Vorschriften des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 (Gesetzsamml. 1897 S. 237) zur Anwendung.

§ 22.

Strafvollstreckung.

Die Umwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Hinsichtlich der Vertreibung von Geldstrafen durch Versteigerung von Grundstücken und der zwangsweisen Eintragung der Geldstrafen im Grund- oder Hypothekenbuche kommt die Vorschrift des § 54 Abs. 2 des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 (Gesetzsamml. 1897 S. 237) zur Anwendung.

§ 23.

Verjährung der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung.

Die Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und die zu dessen Ausführung erlassenen Bestimmungen sowie die Vollstreckung der dieserhalb rechtskräftig festgesetzten und rechtskräftig erkannten Strafen verjährt in fünf Jahren.

III. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

§ 24.

Ersatz für die vor dem Verbrauche verdorbenen Stempelzeichen.

Für Stempelzeichen, welche vor dem Verbrauche durch Zufall oder Versehen verdorben worden sind, kann Ersatz beansprucht werden.

§ 25.

Erstattung bereits verwendeter Stempel.

(1) Die entrichtete Stempelsteuer wird erstattet:

- a) wenn ein gesetzlich nicht erforderlicher Stempel verwendet und der Erstattungsantrag innerhalb zweier Jahre nach der Entrichtung des Stempels angebracht worden ist;

- b) wenn der von Behörden oder Beamten, einschließlich der Notare, in der Erwartung der Zahlung verwendete Stempel von den zur Entrichtung desselben Verpflichteten nicht beigegeben werden kann;
- c) wenn ein beurkundetes Geschäft nichtig oder infolge einer Anfechtung als von Anfang an nichtig anzusehen ist und die Erstattung innerhalb zweier Jahre nach der Beurkundung oder, falls die Nichtigkeit durch rechtskräftiges Urteil festgestellt ist, binnen Jahresfrist nach Eintritt der Rechtskraft nachgesucht wird.

(2) Außerdem kann die Erstattung bereits verwendeter Stempel aus Billigkeitsgründen angeordnet werden, wenn die Ausführung eines Geschäfts unterblieben oder ein Geschäft auf Grund der Wandelung rückgängig gemacht ist. Die Erstattung muß innerhalb zweier Jahre nach der Beurkundung des Geschäfts beantragt werden; wird der Antrag auf Tatsachen gestützt, die erst nach der Beurkundung eingetreten sind, so beginnt die zweijährige Frist mit dem Tage, an dem der Antragsteller von diesen Tatsachen Kenntnis erhalten hat. In den Fällen der Wandelung durch rechtskräftiges Urteil muß die Erstattung binnen Jahresfrist nach Eintritt der Rechtskraft nachgesucht werden.

(3) Der Zollverwaltung bleibt jedoch im Falle zu c und im Falle des vorhergehenden Absatzes das Recht vorbehalten, den Stempel von demjenigen Vertragsschließenden wieder einzuziehen, welcher bei der Beurkundung des Geschäfts von den die Nichtigkeit oder Ungültigkeit desselben bedingenden Umständen Kenntnis gehabt oder die unterbliebene Ausführung des Geschäfts oder die Wandelung verschuldet hat.

§ 26.

Rechtsweg.

In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung einer Stempelabgabe ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder geleisteter Zahlung gegen diejenige Oberzolldirektion zu richten, in deren Verwaltungsbezirk die Steuer erfordert worden ist. Wenn es sich um Stempelbeträge handelt, welche nach den für Gerichtskosten geltenden Vorschriften einzuziehen sind, ist die Klage gegen die zur Vertretung des Fiskus in Angelegenheiten der Justizverwaltung bestimmte Behörde zu richten.

§ 27.

Verjährung der Stempelsteuer.

(1) Die Stempelsteuer verjährt, wenn sie auf einen Bruchteil des Wertes des Gegenstandes zu bemessen ist, in zehn, sonst in fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Zahlung der Abgabe hätte erfolgen müssen.

(2) Die Verjährung wird unterbrochen durch eine an den Zahlungspflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung, durch Handlungen der Zwangsvollstreckung oder durch Bewilligung einer Stundung. Mit dem Ablaufe desjenigen

Kalenderjahres, in welchem die letzte Aufforderung zugestellt, die letzte Vollstreckungshandlung vorgenommen oder die bewilligte Frist abgelaufen ist, beginnt eine neue Verjährung.

(3) Die Beanstandung der Angaben der Steuerpflichtigen über den Wert des Gegenstandes eines Geschäfts ist binnen einer dreijährigen Frist nach der Verkündung zulässig.

(4) Die Fristen des ersten und dritten Absatzes beginnen bezüglich der nach der Tariffstelle 66 zu entrichtenden Stempel erst nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Eröffnung der Verfügung erfolgt.

§ 28.

Berechnung der Fristen.

Für die Berechnung der in diesem Gesetz und dem Tarif erwähnten Fristen sind die Bestimmungen der Deutschen Zivilprozeßordnung maßgebend.

§ 29.

Kosten.

(1) Die Verhandlungen in Stempelsteuerangelegenheiten — mit Ausnahme derjenigen im Strafverfahren, hinsichtlich deren die Vorschriften des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 (Gesetzsamml. 1897 S. 237) zur Anwendung kommen — sind kostenfrei.

(2) Die Steuerpflichtigen sind zur Tragung des durch die Verhandlungen mit ihnen erwachsenden Portos verbunden.

§ 30.

Verwaltung der Stempelsteuer.

(1) Die Verwaltung des gesamten Stempelwesens wird unter Leitung des Finanzministers von den Oberzolldirektionen durch die Stempelsteuerämter und Zollbehörden geführt.

(2) Die Hauptzollämter sowie Stempelsteuerämter sind verpflichtet, gegen Erstattung der ihnen an Schreibgebühren und Porto erwachsenden Kosten den zur Verwendung des Stempels verpflichteten Personen Auskunft über die Höhe des Stempels zu erteilen.

(3) Außer den Zollbehörden haben alle diejenigen Staats- oder Kommunalbehörden und Beamten, welchen eine richterliche oder Polizeigewalt anvertraut ist, die besondere Verpflichtung, auf Befolgung der Stempelgesetze zu halten und alle bei ihrer Amtsverwaltung zu ihrer Kenntnis kommenden Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz behufs Einleitung des Strafverfahrens von Amts wegen zur Anzeige zu bringen.

§ 31.

Aufsichtsführung.

(1) Die nähere Aufsicht über die gehörige Beobachtung dieses Gesetzes führen die Vorstände der Stempelsteuerämter, welche mit besonderer Anweisung vom Finanzminister versehen werden.

(2) Alle Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, ferner Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften, Gewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und diejenigen Personen, welche gewerbsmäßig Auktionen abhalten, sind verpflichtet, den vorbezeichneten Vorständen behufs Prüfung der gehörigen Abgabentrachtung die Einsicht ihrer Akten, Bücher und Schriftstücke zu gestatten.

(3) Ferner sind alle Verpächter und Vermieter verbunden, die von ihnen zu führenden Verzeichnisse den Vorständen auf Verlangen einzureichen.

(4) Privatpersonen sind auf Erfordern der Vorstände der Stempelsteuerämter verpflichtet, sich über die gehörige Beobachtung der Stempelgesetze auszuweisen, wenn Tatsachen vorliegen, welche den dringenden Verdacht rechtfertigen, daß von ihnen ein Stempelgesetz verletzt ist. Bei dringendem Verdacht einer Stempelsteuerhinterziehung hat auf einen durch Angabe und Glaubhaftmachung der vorliegenden Tatsachen zu begründenden Antrag des Vorstandes des Stempelsteueramts das Amtsgericht, in dessen Bezirke die Privatperson ihren Wohnsitz oder in Ermangelung dessen ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, über die Anordnung einer Beschlagnahme oder Durchsuchung Entscheidung zu treffen. Der Ausführung der Beschlagnahme oder Durchsuchung hat eine Aufforderung zum Ausweis über die gehörige Beobachtung der Stempelsteuergesetze unmittelbar vor auszugehen. Auf das Verfahren finden im übrigen die Vorschriften der Strafprozeßordnung mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Beschlagnahme oder Durchsuchung der Vorstand des Stempelsteueramts beziehungsweise ein mit seiner Vertretung beauftragter Beamter beiwohnen kann.

§ 32.

Anfertigung, Verkauf und Verwendung von Stempelzeichen und Anlegung von Verzeichnissen.

(1) Der Finanzminister erläßt die Anordnungen wegen der Anfertigung, des Verkaufs und der Verwendung des Stempelpapiers und der Stempelmarken, wegen der Zulässigkeit der Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Überwachung, wegen der im § 14 bezeichneten Abfindungen und wegen Anlegung der in der Tariffstelle „Pacht- und Mietverträge“ vorgeschriebenen Verzeichnisse.

(2) Stempelmarken, welche von Privatpersonen nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.

§ 33.

Unbefugter Handel mit Stempelzeichen.

Der unbefugte Handel mit Stempelzeichen wird unter Einziehung der Vorräte mit einer Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft.

§ 34.

Übergangsbestimmungen.

(1) Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1909 in Kraft. Bezüglich derjenigen Urkunden, welche vor diesem Tage Stempelpflichtigkeit erlangt haben, kommen die bisherigen Bestimmungen zur Anwendung.

(2) Bezüglich der vor dem 1. Juli 1909 errichteten schriftlichen Pacht- und Mietverträge der Tariffstelle 48 I finden die Vorschriften dieser Tariffstelle hinsichtlich der über den 30. Juni 1909 hinaus sich erstreckenden Pacht- und Mietdauer mit der Maßgabe Anwendung, daß ein Drittel des Stempelbetrages für die ursprüngliche Gültigkeitsdauer des Vertrages unerhoben bleibt. Bezüglich der vor dem 1. April 1896 errichteten schriftlichen Pacht- und Mietverträge der Tariffstelle 48 I bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

(3) Für die am 1. Juli 1909 bereits im Gebrauche befindlichen in der Tariffstelle 11a bezeichneten Automaten und Musikwerke ist die Karte für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909 innerhalb des Monats Juli 1909 zu lösen.

§ 35.

Aufrechterhaltung und Aufhebung älterer Bestimmungen.

(1) Vom 1. April 1896 ab sind alle auf die Stempelsteuer bezüglichen Gesetzesvorschriften, soweit sie nicht in diesem Gesetz und dem anliegenden Tarif aufrechterhalten sind, aufgehoben.

(2) Insbesondere treten außer Kraft:

die im Kreise Herzogtum Lauenburg geltende hannoversche Verordnung vom 31. Dezember 1813, betreffend die Erhebung der Stempelabgaben, (Lauenburgische Verordnungen, Sammlung für 1813 S. 41);

das Gesetz wegen der Stempelsteuer vom 7. März 1822 (Gesetzsamml. S. 57);

die Kabinettsordre vom 4. September 1823 wegen der Stempelpflichtigkeit der Dispositionsscheine der Bankiers und Kaufleute (Gesetzsamml. S. 163);

die Kabinettsordre vom 13. November 1828 wegen des zu Verträgen über Angabe an Zahlungs Statt erforderlichen Kaufwertstempels (Gesetzsamml. 1829 S. 21);

die Kabinettsordre vom 14. April 1832 wegen Abänderung der Bestimmungen im § 5 lit. a und b des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 (Gesetzsamml. S. 137);

die Kabinettsordre vom 13. April 1833, betreffend den Rekurs gegen Strafresolute in Stempelsachen, (Gesetzsamml. S. 33);

die Kabinettsordre vom 19. Juni 1834, betreffend die Erläuterung der Vorschriften des Tarifs zum Stempelgesetze vom 7. März 1822 wegen Stempelpflichtigkeit der Punktationen, (Gesetzsamml. S. 81);

die Ziffer 2 der Kabinettsordre vom 7. Februar 1835 in betreff des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes überhaupt für alle Theile der Monarchie (Gesetzsamml. S. 18);

die Kabinettsordre vom 28. Oktober 1836, betreffend die Abänderung des § 22 des Stempelgesetzes vom 7. März 1822, (Gesetzsamml. S. 308);

die Kabinettsordre vom 16. Januar 1840, die Ergänzung der Stempeltarifposition „Vergleiche“ und die nähere Bestimmung der für die Vergleichsakte der Friedensrichter in der Rheinprovinz und für die Vergleichsverhandlungen der Schiedsmänner bewilligten Stempelfreiheit betreffend, (Gesetzsamml. S. 18);

die Kabinettsordre vom 23. Dezember 1842, die Ausdehnung der mildernden Bestimmungen der Ordre vom 28. Oktober 1836 zu dem § 22 des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 auf Verträge, welche zwischen einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde und einer Privatperson abgeschlossen sind, betreffend, (Gesetzsamml. für 1843 S. 21);

die Kabinettsordre vom 21. Juni 1844, betreffend die Aufhebung des Wertstempels für die Übernahme von Nachlaßgegenständen bei Auseinandersetzungen zwischen mehreren Erben, (Gesetzsamml. S. 253);

die Kabinettsordre vom 18. Juli 1845 in betreff der Stempelsteuer für die Errichtung von Fideikommiß- und Familienstiftungen (Gesetzsamml. S. 506);

die Kabinettsordre vom 3. Oktober 1845, den zu Vehrkontrakten erforderlichen Stempel betreffend, (Gesetzsamml. S. 680);

der § 10 des Gesetzes, betreffend einige Abänderungen der Hypothekenordnung vom 20. Dezember 1783, vom 24. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 521);

das Gesetz vom 25. Mai 1857, betreffend die Revision der Aktiengesellschaften im Stempelinteresse, (Gesetzsamml. S. 517);

die §§ 11 und 12 des Gesetzes, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861 (Gesetzsamml. S. 241);

das Gesetz vom 22. Juli 1861, betreffend die Entrichtung des Stempels von Übertragsverträgen zwischen Ascendenten und Descendenten, (Gesetzsamml. S. 754);

das Gesetz vom 2. März 1867, betreffend die den gemeinnützigen Aktienbaugesellschaften bewilligte Sportel- und Stempelfreiheit, (Gesetzsamml. S. 385), insoweit es sich auf die Stempelsteuer bezieht;

die Verordnung vom 19. Juli 1867, betreffend die Verwaltung des Stempelwesens und die Erhebung des Urkundenstempels in dem vormaligen Königreiche Hannover, dem vormaligen Kurfürstentume Hessen und Herzogtume Nassau sowie in den vormalig bayerischen Gebietsteilen, (Gesetzsamml. S. 1191);

die Verordnung vom 7. August 1867, betreffend die Erhebung der Stempelsteuer in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, (Gesetzsamml. S. 1277);

die Verordnung vom 16. August 1867, betreffend die Verwaltung des Stempelwesens und den Urkundenstempel in der ehemals freien Stadt Frankfurt a. M., (Gesetzsamml. S. 1346);

das Gesetz vom 5. März 1868 wegen Änderung der Stempelsteuer in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Frankfurt a. M. (Gesetzsamml. S. 185);

das Gesetz vom 24. Februar 1869 wegen Änderung der Stempelsteuer in der Provinz Hannover (Gesetzsamml. S. 366);

das Gesetz, betreffend die Stempelabgaben von gewissen bei dem Grundbuchamt anzubringenden Anträgen, vom 5. Mai 1872 (Gesetzsamml. S. 509);

das Gesetz, betreffend die Aufhebung beziehungsweise Ermäßigung gewisser Stempelabgaben, vom 26. März 1873 (Gesetzsamml. S. 131);

das Gesetz vom 27. Juni 1875, betreffend die Verwaltung des Stempelwesens in Frankfurt a. M., (Gesetzsamml. S. 407);

der § 35 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetzsamml. S. 249), insoweit er sich auf die Stempelsteuer bezieht;

die §§ 40 und 41 der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (Gesetzsamml. S. 321), insoweit sich dieselben auf die Stempelsteuer beziehen;

der § 2 des Gesetzes, enthaltend Bestimmungen über Gerichtskosten und über Gebühren der Gerichtsvollzieher, vom 21. März 1882 (Gesetzsamml. S. 129);

der § 3 des Gesetzes, betreffend die Gerichtskosten bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens, vom 18. Juli 1883 (Gesetzsamml. S. 189), insoweit sich derselbe auf die Stempelsteuer bezieht;

das Gesetz, betreffend die Stempelsteuer für Kauf- und Lieferungsverträge im kaufmännischen Verkehr und für Werkverdingungsverträge, vom 6. Juni 1884 (Gesetzsamml. S. 279);

der § 41 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des rheinischen Rechtes vom 12. April 1888 (Gesetzsamml. S. 52);

das Gesetz, betreffend Abänderung mehrerer Bestimmungen der Gesetzgebung über die Stempelsteuer, vom 19. Mai 1889 (Gesetzsamml. S. 115);

der erste Absatz des § 9 des Gesetzes, enthaltend Bestimmungen über das Notariat und über die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen, vom 15. Juli 1890 (Gesetzsamml. S. 229);

die §§ 2 bis einschließlich 4 und 46 sowie die Anmerkung zu diesem Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer, vom 30. Mai 1873
19. Mai 1891 (Gesetzsamml. für 1891 S. 78), insoweit diese Vorschriften nicht für die Hohenzollernschen Lande Geltung haben;

der § 5 b des Artikel III des Gesetzes, betreffend die im Geltungsbereiche des rheinischen Rechtes außerhalb des vormaligen Herzogtums Berg bestehenden Pfandschaften sowie die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 12. April 1888 über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des rheinischen Rechtes, vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 185);

das Gesetz, betreffend die Gleichstellung der Notare mit den anderen Beamten bezüglich der Strafen bei Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel, vom 28. Mai 1894 (Gesetzsamml. S. 105).

(3) Die in dem Preussischen Gerichtskostengesetz über das Stempelwesen getroffenen Bestimmungen bleiben unberührt.

(4) Soweit in anderen Gesetzen auf Bestimmungen der durch diesen Paragraphen aufgehobenen Gesetze verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an die Stelle.

§ 36.

Schlußbestimmung.

Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
1.	(1) Abschriften , beglaubigte, unter denselben Voraussetzungen wie Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, s. diese. (2) Befreit sind Beglaubigungen der Rechtsanwälte im Prozeßverfahren.				
2.	Abtretung von Rechten. (1) Beurkundungen über die Abtretung von Rechten sowie Indossamente, sofern nicht nach § 4 zweiter Absatz des Reichsstempelgesetzes Stempelfreiheit eintritt oder die Bestimmungen der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge“ sechster bis einschließlich neunter Absatz zur Anwendung kommen, mindestens aber..... ist der Wert des abgetretenen Rechtes nicht schätzbar (2) Befreit sind Beurkundungen der Übertragungen der Konnossemente der Seeschiffer, Ladescheine der Frachtführer und Auslieferungsscheine (Lagerscheine, warrants) über Waren oder andere bewegliche Sachen durch Indossament. (3) Schriftliche Benachrichtigungen an den Verpflichteten über die erfolgte Abtretung eines Rechtes sind, wenn nicht eine mit dem tarifmäßigen Stempel versehene Abtretungsurkunde vorliegt, wie Beurkundungen der Abtretung zu versteuern,	$\frac{1}{20}$ — —	— 1 5	— 50 —	des Wertes der Gegenleistung oder, wenn eine solche in der Urkunde nicht enthalten ist, des Geldbetrages oder des Wertes des abgetretenen Rechtes,

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(2.)	<p>sofern nach der Verkehrssitte über die Abtretung eine förmliche Urkunde errichtet zu werden pflegt und beabsichtigt ist, durch die schriftliche Benachrichtigung die Aufnahme einer solchen Urkunde zu ersetzen. Dem Stempel für Abtretungen unterliegen auch Anträge auf Umschreibung vor dem 1. Oktober 1881 ausgestellter Namenaktien im Aktienbuche, falls nicht eine mit dem tarifmäßigen Stempel versehene Abtretungsurkunde errichtet ist.</p> <p>(4) Der Antrag auf Eintragung der Abtretung einer Hypothek oder Grundschuld im Grundbuch oder in einem für solche Eintragungen bestimmten öffentlichen Buche</p> <p>mindestens aber</p> <p>(5) Die Abgabe wird nur erhoben, falls die beantragte Eintragung in den Grund- oder öffentlichen Büchern vermerkt worden ist.</p> <p>(6) Der Stempel wird nicht erhoben oder erstattet, wenn die Urkunde über die dem Antrage zu Grunde liegende Abtretung in an sich stempel-pflichtiger Form in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift vorgelegt wird. So lange nicht die Urkunde vorgelegt ist, kann der Stempel vorbehaltlich seiner Erstattung eingezogen werden. Die Erstattung kann nur innerhalb zweier Jahre nach Entrichtung des Stempels beantragt werden. Als eine die Abtretung enthaltende Urkunde ist nur eine solche anzusehen, welche die Abtretung so enthält, wie sie unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist.</p> <p>(7) Betrifft der Antrag eine Hypothek oder Grundschuld, für welche mehrere Grundstücke haften, so wird die Abgabe nur einmal erhoben.</p>	1/20	—	—	des Betrages der Hypothek oder Grundschuld oder der Ablösungssumme der Rentenschuld,
		—	1	50	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(2.)	<p>(8) Wird nach der Zahlung des Stempels für den Eintragungsantrag die Urkunde über das der Eintragung zu Grunde liegende Geschäft errichtet, so ist auf den zu dieser Urkunde erforderlichen Wertstempel der für den Eintragungsantrag gezahlte Stempel anzurechnen. Die Anrechnung ist innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen auf der Urkunde amtlich zu vermerken. Soweit eine Anrechnung erfolgt, ist eine Erstattung des für den Eintragungsantrag gezahlten Stempels ausgeschlossen.</p> <p>(9) Befreit sind:</p> <p>Urkunden, wodurch eine Forderung einem Kommunalverband, einer Kommune oder einer Korporation ländlicher oder städtischer Grundbesitzer oder einer Grund-, Kredit- und Hypothekenbank abgetreten wird, falls auf Grund der Abtretung reichsstempelpflichtige Renten- oder Schuldverschreibungen demnächst ausgereicht werden.</p>				
3.	Altermiet- oder Alterpachtverträge , f. Pachtverträge.				
4.	<p>(1) Annahme an Kindes Statt, Verträge darüber</p> <p>(2) Bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann der Stempel auf 5 Mark ermäßigt werden.</p>		50		
5.	Alpotheken , f. Erlaubniserteilungen, Buchstaben a.				
6.	Alprobatiouscheine , f. Erlaubniserteilungen, Buchstaben b.				
7.	Alteste , amtliche, wie Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, f. diese.				
8.	(1) Alufassungen von im Inlande gelegenen Grundstücken und Anträge auf Eintragung der Begründung oder Übertragung von Erbbaurechten				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(8.)	<p>oder sonstigen Rechten, welche ein Grundbuchblatt erhalten können, in Fällen der freiwilligen Veräußerung</p> <p>Der Antrag auf Umschreibung von Gesellschaftseigentum auf den Namen eines Gesellschafters unterliegt dem Auflassungsstempel auch dann, wenn nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes eine Auflassung nicht erforderlich ist.</p> <p>(2) Die Abgabe wird nur erhoben, falls die beantragte Eintragung in das Grundbuch erfolgt ist. Einem anderen Stempel unterliegen die Auflassungserklärungen oder Eintragungsanträge nicht.</p> <p>(3) Der Auflassungsstempel wird nicht erhoben oder erstattet, wenn die das Veräußerungsgeschäft enthaltende, in an sich stempelpflichtiger Form ausgestellte Urkunde in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift vorgelegt wird. Solange nicht die Urkunde über das Veräußerungsgeschäft vorgelegt ist, kann der Auflassungsstempel vorbehaltlich seiner Erstattung eingezogen werden. Die Erstattung kann nur innerhalb zweier Jahre nach Entrichtung des Stempels beantragt werden.</p> <p>(4) Der Auflassungsstempel wird jedoch erhoben, wenn die Urkunde:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Rechtsgeschäft nicht so enthält, wie es unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist; 2. auf Grund des § 21 des Reichsstempelgesetzes der in der Tariffstelle „Kauf- und Tauschverträge“ verordneten Stempelabgabe nicht unterliegt, insoweit nicht die Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 der Ermäßigungen und Befreiungen der genannten Tariffstelle vorhanden sind; 	1	—	—	des Wertes des veräußerten Gegenstandes.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(8.)	<p>3. die Veräußerung eines Grundstücks durch einen Bevollmächtigten enthält, sofern die Veräußerung erweislich für Rechnung des Bevollmächtigten erfolgt ist. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Veräußerung für Rechnung des Bevollmächtigten erfolgt ist, sind auch solche Umstände in Betracht zu ziehen, welche aus der Urkunde nicht ersichtlich sind;</p> <p>4. einen der in der Tariffstelle 25 d bezeichneten Verträge enthält, insoweit nicht ein Wertstempel von 1 vom Hundert zu entrichten oder der Vertrag nach der Ziffer 1 Abs. 2 oder der Ziffer 2 Abs. 3 der genannten Tariffstelle von dem Stempel befreit ist.</p> <p>(5) Wird nach der Zahlung des Auflassungsstempels die Urkunde über das zu Grunde liegende Veräußerungsgeschäft errichtet, so ist auf den zu dieser Urkunde erforderlichen Wertstempel von 1 vom Hundert der gezahlte Auflassungsstempel anzurechnen. Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf die im vorhergehenden Absatz erwähnten Wertstempel der Tariffstelle 25 d. Die Anrechnung ist innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen auf der Urkunde amtlich zu vermerken. Soweit eine Anrechnung erfolgt, ist eine Erstattung des Auflassungsstempels auf Grund des dritten Absatzes ausgeschlossen.</p> <p>(6) Die Vorschriften über den Auflassungsstempel finden entsprechende Anwendung bei Anträgen auf Umschreibungen in öffentlichen Büchern, sofern das Grundbuch noch nicht als angelegt anzusehen ist.</p>				
9.	Auktionen , d. h. Beurkundungen von Versteigerungen nicht zu den unbeweglichen Sachen gehöriger				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(9.)	Gegenstände durch öffentliche Beamte, sofern diese nicht als Vertreter der Korporation, in deren Dienste sie angestellt sind, handeln, oder durch gewerbmäßige Auktionatoren (§ 36 der Reichsgewerbeordnung)	$\frac{1}{3}$	—	—	des Gesamterlöses nach Abzug der Kosten.
10.	(1) Ausfertigungen von Schriftstücken der Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, jedoch mit Ausnahme der Ausfertigungen der Schiedsmänner, sofern für die Schriftstücke nicht ein durch diesen Tarif bestimmter Stempel zu entrichten ist	—	3	—	
	(2) Befreit sind Ausfertigungen:				
	a) von Bescheiden auf Gesuche, Anfragen und Anträge in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Antwortschreibens, einer Verfügung, Verfügungsabschrift oder einer auf die zurückgehende Bittschrift selbst gesetzten Verfügung erlassen werden;				
	b) von Genehmigungen der zuständigen Behörden in Bausachen.				
11.	(1) Auszüge aus den Akten, öffentlichen Verhandlungen, amtlich geführten Büchern, Registern und Rechnungen, wenn sie für Privatpersonen auf ihr Ansuchen auszufertigt werden	—	3	—	
	(2) Befreit sind die auf den Personenstand (Geburten, Heiraten, Sterbefälle usw.) bezüglichen Auszüge aus amtlich geführten Büchern und Standesregistern.				
11a.	Automaten und Musikwerke.				
	1. Jahreskarten, auch nicht unterschriebene, für jeden auf Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Orten				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(11 a.)	und Plätzen oder in Gast- und Schankwirtschaften zur Aufstellung gelangenden				
	a) Warenautomaten				
	mit einem Warenbehälter bis vier Warenbehältern	—	1	—	
	mit mehr als vier Warenbehältern	—	2	—	
	b) Stereoskop-, Schau- oder Scherzautomaten	—	3	—	
	c) Musikautomaten oder für jedes an den vor- bezeichneten Stellen zur Aufstellung gelangende mechanische Musikwerk, einschließlich der Gram- mophone, Phonographen und ähnlichen Ap- parate, wenn der Anschaffungspreis oder in Ermangelung eines solchen der Wert des Automaten oder Musikwerkes beträgt:				
	nicht mehr als 100 Mark	—	2	—	
	mehr als 100 Mark, aber nicht mehr als 300 Mark	—	3	—	
	mehr als 300 Mark, aber nicht mehr als 500 Mark	—	5	—	
	mehr als 500 Mark, aber nicht mehr als 1 000 Mark	—	10	—	
	mehr als 1 000 Mark, aber nicht mehr als 2 000 Mark	—	20	—	
	mehr als 2 000 Mark, aber nicht mehr als 3 000 Mark	—	30	—	
	mehr als 3 000 Mark, aber nicht mehr als 4 000 Mark	—	40	—	
	mehr als 4 000 Mark	—	50	—	
	d) Automaten anderer Art als die unter a bis c aufgeführten	—	1	—	
	2. Entsteht die Abgabepflicht für die unter Ziffer 1 aufgeführten Gegenstände in der Zeit zwischen dem 1. Juli und 31. Dezember, so beträgt für diese Zeit der Stempel die Hälfte der vor- stehenden Steuersätze.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(11 a.)	3. Befreit sind Automaten, a) die zu Betriebszwecken öffentlicher Behörden aufgestellt werden, b) die zur Verabreichung von Speisen und Ge- tränken in Restaurationen und solche, die zur Abgabe von Gas und Elektrizität zu haus- wirtschaftlichen und kleingewerblichen Zwecken dienen.				
	4. Der Eigentümer eines Automaten oder eines Musikwerkes oder, wenn der Automat oder das Musikwerk einem anderen zur Ausnützung über- lassen worden ist, dieser, hat spätestens innerhalb eines Monats nach dem Tage der Inbetrieb- setzung des Automaten oder des Musikwerkes und für die Folge spätestens innerhalb des Monats Januar jeden Kalenderjahres bei der zuständigen Behörde gegen Zahlung des Abgabebetrages die hier bezeichnete Jahreskarte zu lösen.				
	5. Die Vorschrift des § 4 a findet keine Anwendung.				
12.	Bestallungen für besoldete Beamte für unbesoldete Beamte frei.	—	1	50	
13.	Bürgschaften , s. Sicherstellung von Rechten.				
14.	Cessions-Instrumente , s. Abtretung von Rechten.				
15.	Consense zur Übernahme einer Vormundschaft seitens eines Beamten oder einer Militärperson ... frei.				
16.	(1) Duplikate (Nebenausfertigungen) von stempel- pflichtigen Urkunden jedoch nicht über den zu der stempelpflichtigen Ur- kunde selbst erforderlichen Stempel hinaus. (2) Befreit sind Duplikate von Jagdscheinen.	—	3	—	
17.	Cheversprechen	—	1	50	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
18.	Cheverträge	—	5	—	
	wird durch dieselben über Vermögensgegenstände von nicht mehr als 6 000 Mark verfügt	—	1	50	
19.	Fällt aus.				
20.	Erbzesse (Erbteilungsverträge), durch welche die Verteilung einer erbschaftsteuerpflichtigen Erbschaft beurkundet wird	$\frac{1}{25}$	—	—	des Wertes des Reinnach- lasses, soweit über den- selben im Erbzeß ver- fügt ist,
	jedoch mindestens	—	1	50	
	Erbzeß über erbschaftsteuerfreie Erbschaften	—	1	50	
21.	Erbverträge , s. Verfügungen von Todes wegen.				
22.	Erlaubniserteilungen (Approbationen, Konzef- sionen, Genehmigungen usw.) der Behörden in gewerbepolizeilichen Angelegenheiten:				
	a) (1) Konzessionen				
	zum Betrieb einer Apotheke,				
	wenn die Konzession vererblich und ver- äußerlich ist	$\frac{1}{2}$	—	—	des Wertes der Konzession,
	mindestens aber	—	150	—	
	sonst	—	150	—	
	zur Errichtung einer Zweig- (Filial-) Apotheke	—	10	—	
	zur Verlegung einer Apotheke auf Antrag des Besitzers	—	20	—	
	(2) Befreit sind die vererblichen und ver- äußerlichen Konzessionen für diejenigen, welche dieselben erbschaftsteuerfrei ererbt haben.				
	(3) Außerdem findet die Bestimmung unter Ziffer 2 Ermäßigungen und Be- freiungen der Tariffstelle „Kauf- und Tausch- verträge“ sinngemäße Anwendung.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(22.)	b) Approbationen für Apotheker	—	1	50	
	diesjenigen Personen, welche sich als Ärzte (Wundärzte, Augenärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte und Tierärzte) oder mit gleich- bedeutenden Titeln bezeichnen oder seitens des Staates oder einer Gemeinde als solche anerkannt oder mit amtlichen Funktionen betraut werden sollen	—	1	50	
	(§ 29 der Reichsgewerbeordnung);				
	c) (1) Erlaubniserteilungen für Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irren- anstalten (§ 30 der Reichsgewerbeord- nung);				
	zum Betriebe des Gewerbes als Schauspiel- unternehmer (§ 32 der Reichsgewerbe- ordnung);				
	zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus (§ 33 der Reichsgewerbeordnung);				
	zur gewerbsmäßigen öffentlichen Veran- staltung von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schau- stellungen von Personen oder theatra- lischen Vorstellungen ohne höheres Inter- esse der Kunst oder Wissenschaft in Wirt- schafts- oder sonstigen Räumen oder zur Überlassung dieser Räume zu gewerbs- mäßigen öffentlichen Veranstaltungen der bezeichneten Art (§ 33a der Reichsge- werbeordnung),				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(22.)	(2) Genehmigungen zu Veränderungen in der Betriebsstätte oder zu wesentlichen Veränderungen in dem Betriebe der Anlagen (§ 25 der Reichsgewerbeordnung) die Hälfte der vorstehenden Sätze; (3) Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen (§ 49 der Reichsgewerbeordnung) ein Viertel der vorstehenden Sätze;				
e)	Genehmigungen zur Anlegung von Dampfkesseln (§ 24 der Reichsgewerbeordnung) oder Änderung der Dampfkesselanlagen sowie Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen, soweit nicht die Bestimmungen zu d zur Anwendung kommen (§§ 25 und 49 der Reichsgewerbeordnung)	—	5	—	
f)	(1) Erlaubniserteilungen zum Betriebe des Pfandleih-, Pfandvermittler-, Gesindevermieter- oder Stellenvermittlergeschäfts (§ 34 Abs. 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung), wenn der Gewerbebetrieb wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist	—	50	—	
	in die vierte Gewerbesteuerklasse gehört ..	—	100	—	
	" " dritte " " ..	—	200	—	
	" " zweite " " ..	—	350	—	
	" " erste " " ..	—	500	—	und zwar für ein jedes der drei Gewerbe besonders, wobei das Gewerbe der Gesinde- und Stellenvermittler als ein einheitliches Gewerbe gilt.
	Bei den von der Gewerbesteuer befreiten Gesindevermietern kann bei nachgewiesener Bedürftigkeit der Stempel von 50 Mark bis auf die Hälfte ermäßigt werden.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(22.)	(2) Erlaubniserteilungen der Ortspolizei- behörden an Gesinde- oder Stellenvermittler zur Beherbergung von stellungsuchenden Personen zwei Zehntel der vorstehenden Sätze; zur Lieferung von Speisen und nicht geistigen Getränken an die beherbergten Personen zwei Zehntel der vorstehenden Sätze; zur Beherbergung von stellungsuchenden Personen und zur Lieferung von Speisen und nicht geistigen Getränken an die beherbergten Personen vier Zehntel der vorstehenden Sätze;				
	(3) Erlaubniserteilungen an Vertreter oder Bevollmächtigte von Gemeinden oder anderen Kommunalverbänden, Handelskammern, Land- wirtschaftskammern, Innungen, Innungs- ausschüssen, Innungsverbänden, Handwerks- kammern, Berufsvereinen, Gewerbevereinen und sonstigen Vereinen und Körperschaften zum Betriebe des Stellungsvermittlungs- und Arbeitsnachweisgeschäfts.	—	20	—	
g)	(1) Genehmigungen für Unternehmer von Versicherungsanstalten, wenn ihr Geschäftsgebiet nicht über den Umfang einer Provinz hinausgeht ...	—	40	—	
	sonst.	—	200	—	
	(2) Befreit sind Genehmigungen für Ver- sicherungsanstalten, deren Geschäftsgebiet über den Umfang eines Kreises nicht hinausgeht, sowie für solche Anstalten, welche auf Gegen- seitigkeit gegründet und deren Zwecke nicht auf die Erzielung von Gewinn gerichtet sind;				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(22.)	h) Erlaubnisscheine zur Bestellung von Agenten im Inlande seitens ausländischer Unternehmer von Versicherungsanstalten	—	200	—	
	i) Genehmigungen zum Gewerbebetriebe der Auswanderungsagenten	—	200	—	
	k) (1) Genehmigungen zum Betriebe von Privatanschlußbahnen, wenn die Kosten der Anlage				
	1 000 Mark nicht übersteigen	—	2	50	
	5 000 " " " "	—	10	—	
	10 000 " " " "	—	20	—	
	20 000 " " " "	—	40	—	
	50 000 " " " "	—	100	—	
	75 000 " " " "	—	150	—	
	100 000 " " " "	—	200	—	
	bei einem höheren Kostenbetrage für je 50 000 Mark mehr 100 Mark;				
	(2) Genehmigungen zu Veränderungen in dem Betriebe				
	die Hälfte der vorstehenden Sätze;				
	1) (1) Genehmigungen zum Betrieb eines Eisenbahnunternehmens	—	200	—	
	(2) Genehmigungen zum Betrieb eines Dampfschiffahrts- oder Kleinbahnunternehmens, wenn der Gewerbebetrieb				
	wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist	—	5	—	
	in die vierte Gewerbesteuerklasse gehört ..	—	20	—	
	" " dritte " " ..	—	50	—	
	" " zweite " " ..	—	75	—	
	" " erste " " ..	—	200	—	
	(3) Genehmigungen zu Veränderungen in dem Betriebe				
	die Hälfte der vorstehenden Sätze;				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(22.)	(4) Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen ein Viertel der vorstehenden Sätze.				
	(5) Die Bewilligung von Fristverlängerungen und Fristungen, welche durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verursacht sind, ist stempelfrei;				
	m) (1) Genehmigungen der Ortspolizeibehörden zum Betriebe von Gewerben, welche dem öffentlichen Personen- und Güterverkehr innerhalb der Orte durch sonstige Transportmittel aller Art (Wagen, Gondeln, Sänften, Pferde usw.) dienen (§ 37 der Reichsgewerbeordnung)	—	5 bis 40	—	je nach der Bedeutung des Gewerbes.
	(2) Werden Genehmigungen der bezeichneten Art Personen erteilt, deren Gewerbebetrieb wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist, so beträgt die Stempelabgabe	—	1	—	
23.	Familienstiftungen , wie Fideikommißstiftungen, s. diese.				
24.	(1) Fideikommißstiftungen , d. h. alle von Todes wegen oder unter Lebenden getroffenen Anordnungen, kraft deren gewisse Vermögensgegenstände der Familie für immer oder für mehr als zwei Generationen erhalten bleiben sollen	3	—	—	des Gesamtwertes der denselben gewidmeten Gegenstände ohne Abzug der Schulden.
	(2) Bei Stiftungen unter Lebenden ist der Stempel in der durch § 16 Buchstaben g dieses Gesetzes vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen beizubringen, bei Stiftungen von Todes wegen binnen sechs Monaten nach dem Todesfalle.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe																	
		vom Hun- dert	Mark	Pf.																		
(24.)	<p>(3) Wegen der Verhaftung für die Entrichtung des Stempels für Stiftungen von Todes wegen kommen die Bestimmungen der §§ 29 und 30 des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer, vom 30. Mai 1873 19. Mai 1891 zur Anwendung.</p> <p>(4) Bei Fideikommißstiftungen, für welche von dem Stifter ein weiteres Anwachsen des Grundvermögens, sei es durch in Aussicht genommene Zuwendungen freigebiger Art, sei es durch eine angeordnete Zuschlagung von Zinsen zum Kapitale, vorgesehen worden ist, wird der Wertstempel rücksichtlich des sich nach und nach ansammelnden Teiles des Stiftungsvermögens nur allmählich von dem Zuwachse nach näherer Bestimmung der Oberzolldirektion oder, wenn der Stiftungstempel bei den Gerichtskosten zu vereinnahmen ist, der zuständigen Gerichtsbehörde erhoben.</p> <p>(5) Fideikommißstiftungen, welche ausländische Grundstücke betreffen, sind dem Wertstempel nicht unterworfen.</p> <p>(6) In betreff der Erhebung des Fideikommißstempels aus Anlaß der Auflösung der Lehnverbände bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.</p>																					
25.	<p>Gesellschaftsverträge, wenn sie betreffen:</p> <p>a) (1) die Errichtung</p> <p>1. von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien sowie die Erhöhung des Grundkapitals solcher Gesellschaften in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, wenn das Grundkapital beträgt</p> <table><tr><td>nicht mehr als 5 000 000 Mark</td><td>1</td><td>—</td><td>—</td><td rowspan="4">} des Grundkapitals oder des Betrages der Erhöhung dieses Kapitals;</td></tr><tr><td>mehr als 5 000 000 Mark, aber nicht mehr als 10 000 000 Mark</td><td>1¹/₄</td><td>—</td><td>—</td></tr><tr><td>mehr als 10 000 000 Mark</td><td>1¹/₂</td><td>—</td><td>—</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>	nicht mehr als 5 000 000 Mark	1	—	—	} des Grundkapitals oder des Betrages der Erhöhung dieses Kapitals;	mehr als 5 000 000 Mark, aber nicht mehr als 10 000 000 Mark	1 ¹ / ₄	—	—	mehr als 10 000 000 Mark	1 ¹ / ₂	—	—								
nicht mehr als 5 000 000 Mark	1	—	—	} des Grundkapitals oder des Betrages der Erhöhung dieses Kapitals;																		
mehr als 5 000 000 Mark, aber nicht mehr als 10 000 000 Mark	1 ¹ / ₄	—	—																			
mehr als 10 000 000 Mark	1 ¹ / ₂	—	—																			

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz		Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark Pf.	
(25.)	2. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie die bei solchen Gesellschaften erfolgende Erhöhung des Stammkapitals und Einforderung von Nachschüssen in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, wenn das Stammkapital beträgt			
	nicht mehr als 100 000 Mark	1/4	— —	} des Stammkapitals oder des Betrages der Erhöhung dieses Kapitals oder des Betrages der eingeforderten Nachschüsse. Bei Erhöhungen des Stammkapitals berechnet sich die Abgabe nach demjenigen Steuersatze, welcher dem Betrage des Stammkapitals unter Hinzurechnung des Betrages der Erhöhung entspricht.
	mehr als 100 000 Mark, aber nicht mehr als 300 000 Mark	1/2	— —	
	mehr als 300 000 Mark, aber nicht mehr als 500 000 Mark	1	— —	
	mehr als 500 000 Mark	1 1/2	— —	
	(2) Wenn aus der Zusammenrechnung des Grund- oder Stammkapitals und der Beträge späterer Erhöhungen sich höhere Steuersätze als die früher in Anwendung gebrachten ergeben, so sind die nach dieser Berechnung entstehenden Mehrbeträge der Stempelabgabe nachzuentrichten. Die hiernach nachzuzahlenden Stempel sind zu dem die Pflicht zur Nachentrichtung begründenden Vertrag oder Beschlüsse zu verwenden. Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beurkundeten Verträge oder Beschlüsse bleiben von dieser Vorschrift unberührt.			
	(3) Wird das Kapital oder der Betrag der Nachschüsse nicht sofort voll eingezahlt, so ist der Wertstempel von der jedesmaligen Teilzahlung zu entrichten.			

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	<p>(4) Ermäßigung.</p> <p>Gesellschaften, die satzungsmäßig ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen und deren Satzung die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier vom Hundert ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern bei der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt</p>	$\frac{2}{10}$	—	—	des Grund- oder Stammkapitals oder des Betrages der Erhöhung dieses Kapitals oder des Betrages der eingeforderten Nachschüsse.
	<p>(5) Anmerkung.</p> <p>Die vorstehenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf im Auslande geschlossene Gesellschaftsverträge, welche die Errichtung gleicher oder ähnlicher Gesellschaften zum Gegenstande haben, sofern die Gesellschaften ihren Sitz im Inlande nehmen oder im Inland eine Zweigniederlassung errichten. Dasselbe gilt bei Erhöhungen des Grund- oder Stammkapitals. Im Falle der Errichtung einer Zweigniederlassung berechnet sich der Stempel nach dem Werte des Anlage- und Betriebskapitals der inländischen Zweigniederlassung. Im Falle der Erhöhung des Grund- oder Stammkapitals berechnet sich der Stempel nach demjenigen Betrage, der zu dem Betrage der Erhöhung des Kapitals in demselben Verhältnisse steht wie der Wert des inländischen Anlage- und Betriebskapitals zu dem Werte des gesamten Anlage- und Betriebskapitals. Der Stempel wird nur erhoben, wenn die Eintragung in das Handelsregister erfolgt ist; auf die Einziehung des Stempels finden die Vorschriften des § 30 des Preussischen Gerichtskostengesetzes Anwendung.</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	b) (1) die Errichtung				
	1. von offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kolonialgesellschaften, von Gesellschaften des bürgerlichen Rechtes, sofern diese Gesellschaften Erwerbszwecke verfolgen, und von Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht	$\frac{1}{20}$	—	—	des Wertes der das Gesellschaftsvermögen bildenden Einlagen abzüglich der auf ihnen ruhenden Schulden,
	mindestens aber	—	20	—	
	Gesellschaften des bürgerlichen Rechtes, welche lediglich vorübergehende Zwecke verfolgen (Gelegenheitsgesellschaften)	—	10	—	
	2. von Gesellschaften des bürgerlichen Rechtes, welche andere als Erwerbszwecke verfolgen, und von Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht.	—	5	—	
	(2) Anmerkung.				
	1. Den unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Verträgen steht die erstmalige Feststellung der Satzung (des Statutes) gleich.				
	2. Verträge über den Eintritt neuer Gesellschafter oder über die Erhöhung der Einlagen stehen den Verträgen über die Errichtung der Gesellschaften gleich. Der Stempel beträgt...	$\frac{1}{20}$	—	—	des vorbezeichneten Wertes der Einlage des neuen Gesellschafters oder des Wertes, um den die Einlage erhöht wird, abzüglich der auf der Einlage ruhenden Schulden,
	mindestens aber	—	10	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	<p>3. Die Anmerkung zum Buchstaben a findet entsprechende Anwendung.</p> <p>e) (1) Das Einbringen von nicht in Geld bestehendem Vermögen in eine Gesellschaft der unter a bezeichneten Art bei ihrer Errichtung oder in eine bereits bestehende Gesellschaft dieser Art, insoweit zu dem eingebrachten Vermögen gehören:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Inlande gelegene unbewegliche Sachen oder ihnen gleichgeachtete Rechte, 2. Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte und sonstige gewerbliche Schutzrechte sowie Urheberrechte aller Art, 3. Rechte aus Veräußerungsgeschäften der im Abs. 6 der Tariffstelle 32 bezeichneten Art über im Inlande gelegene unbewegliche Sachen oder ihnen gleichgeachtete Rechte, 4. Rechte auf Auflassung von im Inlande gelegenen unbeweglichen Sachen oder ihnen gleichgeachteten Rechten <p>insoweit zu dem eingebrachten Vermögen außerhalb Landes gelegene unbewegliche Sachen und</p>	1	—	—	des Entgelts, einschließlich der auf der Einlage ruhenden, auf die Gesellschaft übergehenden Passiva und des Wertes aller sonstigen ausbedungenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen, oder, wenn das Entgelt aus dem Vertrage nicht hervorgeht, des Wertes des eingebrachten Vermögens;

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	ebendasselbst befindliche bewegliche Sachen, welche Zubehör der ersteren sind, gehören insoweit das eingebrachte Vermögen aus sonsti- gen beweglichen Vermögensgegenständen besteht	—	3	—	des Entgelts, einschließlich des Wertes der ausbe- dingenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen, oder, wenn das Entgelt nicht aus dem Vertrage hervorgeht, des Wertes des eingebrachten Ver- mögens;
	insoweit das eingebrachte Vermögen aus anderen als den vorher bezeichneten Forderungsrechten besteht	$\frac{1}{3}$	—	—	
	(2) Befreit ist das Einbringen von Nachlaß- gegenständen in eine ausschließlich von den Teil- nehmern an einer Erbschaft gebildete Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zu den Teilnehmern einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.	$\frac{1}{20}$	—	—	des Wertes der Forde- rungen.
	d) Die Überlassung 1. (1) der Rechte an dem Gesellschaftsvermögen seitens eines Gesellschafters oder dessen Erben an einen anderen Gesellschafter, die Gesellschaft oder einen Dritten	$\frac{2}{10}$	—	—	des Wertes der Gegen- leistung oder, wenn eine solche in der Urkunde nicht enthalten ist, des Wertes der überlassenen Rechte;
	der Rechte an dem Gesellschaftsvermögen der unter b bezeichneten Gesellschaften	$\frac{1}{20}$	—	—	wie vor;

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	<p>(2) Befreit sind Verträge über Überlassung von Rechten an dem Gesellschaftsvermögen an Personen, welche nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer, vom 30. Mai 1873 von der Zahlung der Erbschaftssteuer befreit sind;</p> <p>2. (1) von Sachen oder Rechten seitens der Gesellschaft zum Sondereigentum an einen Gesellschafter oder dessen Erben, insoweit zu dem überlassenen Gesellschaftsvermögen unbewegliche im Inlande gelegene Sachen oder ihnen gleichgeachtete Rechte oder Rechte der unter Buchstabe c Abs. 1 Ziffer 2 bis 4 bezeichneten Art gehören</p> <p>insoweit zu dem überlassenen Gesellschaftsvermögen außerhalb Landes gelegene unbewegliche Sachen und ebendasselbst befindliche bewegliche Sachen, welche Zubehör der ersteren sind, oder den unbeweglichen Sachen gleichgeachtete Rechte gehören</p> <p>insoweit das überlassene Gesellschaftsvermögen aus beweglichen Vermögensgegenständen besteht</p> <p>insoweit das überlassene Gesellschaftsvermögen aus anderen als den vorher bezeichneten Forderungsrechten besteht</p> <p>(2) Bei Berechnung des Stempels bleibt derjenige Teil der zum Sondereigentum über-</p>	1	—	—	des Entgelts, einschließlich des Wertes der ausbe- dungenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen, oder, wenn das Entgelt nicht aus dem Vertrage hervorgeht, des Wertes der überlassenen Rechte;
		—	3	—	
		$\frac{1}{3}$	—	—	wie vor;
		$\frac{1}{20}$	—	—	des Wertes der Forde- rungen.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(25.)	<p>lassenen Vermögensgegenstände außer Betracht, welcher auf den erwerbenden Gesellschafter nach der Kopffzahl der Gesellschafter entfällt.</p> <p>(3) Befreit ist die Rückgewähr der von einem Gesellschafter eingebrachten unbeweglichen Sachen oder ihnen gleichgeachteten Rechte oder Rechte der unter Buchstaben c Abs. 1 Ziffer 2 bis 4 bezeichneten Art oder sonstigen beweglichen Vermögensgegenstände an diesen Gesellschafter oder dessen Erben oder dessen Ehefrau, welche mit ihm in Gütergemeinschaft gestanden hat.</p> <p>e) (1) die erstmalige Feststellung der Satzung (des Statutes)</p> <p>1. einer Gewerkschaft — 500 —</p> <p>Bei Gewerkschaften mit geringerem Vermögen oder, wenn sonstige Gründe die Anwendung eines geringeren Steuersatzes rechtfertigen, kann der Stempel bis auf — 100 — ermäßigt werden;</p> <p>2. anderer als der unter Buchstaben b aufgeführten Gesellschaften, ferner der Körperschaften, Stiftungen, Vereine und Anstalten, soweit nicht nach den Bestimmungen dieser Tariffstelle ein höherer Stempel zu verwenden ist — 5 —</p> <p>(2) Befreit sind Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherungs- und Unterstützungskassen, denen die Versicherungsnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen beizutreten verpflichtet sind, und eingetragene Genossenschaften, welche die Gewinnverteilung ausgeschlossen haben.</p>				
26.	Gewerbelegitimationskarten (§ 44 a der Reichsgewerbeordnung) — 1 —				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
27.	Gnadenerweise , s. Standeserhöhungen.				
28.	Heiratsgenehmigungen für Beamte und Militär- personen..... frei.				
29.	Hingabe an Zahlungs Statt , Verträge darüber, s. Kaufverträge.				
30.	Inventarien , welche zum Gebrauche bei stempel- pflichtigen Urkunden dienen	—	3	—	
31.	(1) Jagdscheine				
	für den Jahresjagdschein.....	—	7	50	
	„ = Tagesjagdschein	—	1	50	
	„ = Jahresjagdschein an Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, noch in Preußen einen Wohnsitz oder einen Grundbesitz mit einem Grundsteuer- reinertrage von 150 Mark haben	—	50	—	
	„ = Tagesjagdschein an solche Personen	—	10	—	
	Nach näherer Anweisung des Finanzministers kann jedoch auch für diese Personen der Stempelsteuer- satz für Jahres- und Tagesjagdscheine bis auf den Satz für Inländer ermäßigt werden.				
	(2) Befreit sind Jagdscheine für die auf Grund des § 23 des Forstdiebstahlgesetzes vom 15. April 1878 (Gesefsamml. S. 222) beeidigten sowie diejenigen Personen, welche sich in der für den Staatsforstdienst vorgeschriebenen Ausbildung befinden.				
32.	(1) Kauf- und Tauschverträge und andere lästige Veräußerungsgeschäfte enthaltende Verträge ein- schließlich der gerichtlichen Zwangsversteigerungen,				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(32.)	insoweit nicht besondere Tariffstellen zur Anwendung kommen, wenn sie betreffen: a) im Inlande gelegene unbewegliche Sachen oder ihnen gleichgeachtete Rechte	1	—	—	bei Kauf- und Lieferungsverträgen vom Kauf- oder Lieferungspreis unter Hinzurechnung des Wertes der ausbedungenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen; bei anderen Verträgen vom Gesamtwerte der Gegenleistung unter Hinzurechnung des Wertes der vorbehaltenen Nutzungen oder, wenn der Wert der Gegenleistung aus dem Vertrage nicht hervorgeht, von dem Werte des veräußerten Gegenstandes;
	b) außerhalb Landes gelegene unbewegliche Sachen und ebendasselbst befindliche bewegliche Sachen, insoweit sie Zubehör der ersteren sind und mit diesen zusammen veräußert werden	—	3	—	
	c) andere Gegenstände aller Art, falls die Verträge nicht auf Grund der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes der Reichsstempelabgabe unterliegen oder von ihr befreit sind	$\frac{1}{3}$	—	—	wie vor.
	(2) Der Stempel berechnet sich: 1. bei Tauschverträgen nach dem Werte der von einem der Vertragsschließenden in Tausch gegebenen Gegenstände und zwar derjenigen, welche den höheren Wert haben, bei dem Tausche inländischer gegen ausländische Grundstücke nur nach dem Werte der ersteren;				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mar	Pf.	
(32.)	<p>2. bei gerichtlichen Zwangsversteigerungen nach dem Betrage des Meistgebotes, zu dem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der von dem Ersteher übernommenen Leistungen. Erreicht das Meistgebot nicht den Wert des Gegenstandes, so tritt dieser an die Stelle des Gebotes. Wenn der Ersteher zur Zeit der Einleitung der Zwangsversteigerung Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger ist, so tritt an die Stelle des Meistgebotes, falls dieses hinter dem Gesamtbetrage der Hypotheken- oder Grundschuldforderungen des Erstehers und der diesen vorgehenden Forderungen zurückbleibt, dieser Gesamtbetrag, sofern er nicht den Wert des Gegenstandes übersteigt;</p> <p>3. bei Verträgen über Leistung an Erfüllungs Statt nach dem Werte, zu dem die Gegenstände an Erfüllungs Statt angenommen werden. Wird in einem Kaufvertrage hinsichtlich des Kaufpreises eine Leistung an Erfüllungs Statt vereinbart, so ist der Vertrag wie ein Tauschvertrag zu versteuern;</p> <p>4. wenn auf dem veräußerten Gegenstand ein Nießbrauchrecht lastet, zu dessen Beseitigung der Veräußerer nicht verpflichtet ist, von dem Werte des veräußerten Gegenstandes, sofern dieser Wert den nach dem ersten Absatze dieser Tariffstelle zu berechnenden Betrag der Gegenleistung übersteigt.</p> <p>(3) Wird bei einer Versteigerung, welche zum Zwecke der Auseinandersetzung unter Miteigentümern erfolgt, der Zuschlag einem Miteigentümer erteilt, so bleibt bei Berechnung des Stempels derjenige Teil des Meistgebotes außer Betracht, welcher auf den dem Ersteher bereits zustehenden Anteil an den versteigerten Gegenständen fällt. Im Falle der</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(32.)	<p>Gemeinschaft unter Miterben gilt im Sinne dieser Vorschrift jeder Miterbe als Miteigentümer nach Verhältnis seines ideellen Anteiles am Nachlasse.</p> <p>(4) Wird ein Zuschlagsurteil aufgehoben, so werden die angesetzten Beträge nicht erhoben oder, wenn sie bezahlt sind, erstattet.</p> <p>(5) Beurkundungen von Veräußerungen beweglicher Sachen unterliegen dem Stempel dieser Tariffstelle auch dann, wenn sie nur von einem der Vertragsschließenden im Sinne des zweiten Absatzes des § 1 dieses Gesetzes unterzeichnet und dem anderen Vertragsschließenden ausgehändigt sind. Ausgenommen sind Aufzeichnungen, welche im Handelsverkehr über Bestellungen gemacht und entgegengenommen werden (sogenannte Kommissionsnoten).</p> <p>(6) Beurkundungen von Übertragungen der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften über unbewegliche Sachen und ihnen gleichgeachtete Rechte oder über bewegliche Sachen sowie Beurkundungen nachträglicher Erklärungen der aus einem Veräußerungsgeschäfte der vorbezeichneten Art berechtigten Erwerber, die Rechte für einen Dritten erworben beziehungsweise die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben, werden in betreff der Stempelpflichtigkeit wie Beurkundungen der Veräußerungen der Sachen und Rechte behandelt. Dasselbe gilt von Übertragungen der Rechte aus Anträgen zur Schließung eines lästigen Veräußerungsgeschäftes, die den Veräußerer binden, sowie aus Verträgen, durch die nur der Veräußerer zur Schließung eines lästigen Veräußerungsgeschäftes verpflichtet wird.</p> <p>(7) Wenn jedoch der erste Erwerber das Veräußerungsgeschäft erweislich auf Grund eines Vollmachtsauftrages oder einer Geschäftsführung ohne</p>				

Veräußernde Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(32.)	Auftrag für einen Dritten abgeschlossen hat, so bedürfen Beurkundungen von Übertragungen der Rechte dieses ersten Erwerbers an den Dritten nur eines Stempels von	—	3	—	
	(8) In den Fällen des vorhergehenden Absatzes ist die Erstattung des bereits verwendeten Wertstempels anzuordnen. Auch muß die Abstandnahme von der Einziehung des Wertstempels angeordnet werden, falls dies innerhalb zweier Wochen nach erfolgter Beurkundung der Übertragung beantragt wird. Außerdem können bei sonstigen Beurkundungen der erwähnten Art in denjenigen Fällen die gleichen Anordnungen getroffen werden, in denen besondere Billigkeitsgründe vorhanden sind.				
	(9) Beurkundungen der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebote bei Zwangsversteigerungen oder die Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe,	1	—	—	des Wertes der Gegenleistung oder, wenn eine solche in der Urkunde nicht enthalten ist, des Meistgebotes oder des nach Abs. 2 Ziffer 2 Satz 2 dieser Tarifstelle an dessen Stelle tretenden Wertes.
	Der Stempel ermäßigt sich auf	—	3	—	
	1. wenn die Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot oder die Erklärung, für einen anderen geboten zu haben, in dem Versteigerungstermin erfolgt;				
	2. wenn ein Gläubiger Meistbietender war, welchem eine durch ein geringeres Gebot nicht oder nicht völlig gedeckte Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld zustand.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(32.)	<p>(10) Ermäßigungen und Befreiungen:</p> <p>1. Kauf- und Tauschverhandlungen zwischen Teilnehmern an einer Erbschaft zum Zwecke der Teilung der zu letzterer gehörigen Gegenstände</p> <p>Zu den Teilnehmern an einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.</p> <p>2. Befreit sind Verträge, durch welche unbewegliche Sachen oder ihnen gleichgeachtete Rechte oder bewegliche Sachen allein oder im Zusammenhange mit anderem Vermögen von Ascendenten an Descendenten oder eingekindschaftete Kinder übertragen werden.</p> <p>Auf Beurkundungen von Übertragungen der Rechte des Erwerbers aus Verträgen der vorbezeichneten Art an andere Personen als an Descendenten oder eingekindschaftete Kinder des ursprünglich übertragenden Ascendenten finden die Bestimmungen des siebenten und achten Absatzes dieser Tariffstelle keine Anwendung.</p> <p>3. Befreit sind Kauf- und Lieferungsverträge über Mengen von Sachen oder Waren, sofern dieselben entweder zum unmittelbaren Verbrauch in einem Gewerbe oder zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Bearbeitung oder Verarbeitung dienen sollen oder im Deutschen Reiche in dem Betrieb eines der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind.</p> <p>4. Gerichtliche oder notarielle Aufnahmen oder Beglaubigungen der nach der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes reichsstempelpflichtigen oder von der Reichsstempelsteuer befreiten Kauf- und Anschaffungsgeschäfte</p>	—	3	—	
		—	3	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
33.	Konsolidationen von Bergwerkseigentum (Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zu einem einheitlichen Ganzen), Bestätigungsurkunden darüber Erreicht der Gesamtwert des konsolidierten Bergwerkseigentums nicht 10 000 Mark	—	300	—	
		—	30	—	
34.	Kuge (§ 101 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 — Gesefsamml. S. 705 —) Kugscheine, soweit solche vor dem 1. Juli 1900 ausgefertigt sind Schriftstücke über Übertragungen von Kugen der bezeichneten Art	—	1	50	
		$\frac{1}{10}$	—	—	des Wertes der Gegenleistung oder, wenn eine solche in der Urkunde nicht enthalten ist, des Wertes des abgetretenen Kuges.
	Schriftstücke über Verpfändungen von Kugen wie Sicherstellung von Rechten, s. diese.				
35.	Legalisation von Urkunden , sofern sie nicht auf der Urkunde selbst stattfindet sonst	—	3	—	frei.
36.	Leibrenten- und Rentenverträge , wodurch zu gewissen Zeiten wiederkehrende Zahlungen von Geld für eine oder mehrere bestimmte Personen während der Lebensdauer derselben oder auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen Entgelt erworben werden, mag die Gegenleistung in einer bestimmten Geldsumme oder in der Hingabe von Sachen oder in der Übernahme von Leistungen oder Verpflichtungen, oder aber in dem Aufgeben von Rechten bestehen, falls nicht die Tariffstelle „Versicherungsverträge“ zur Anwendung kommt	1	—	—	des Kapitalwertes der Renten.
37.	Leichenpässe , s. Pässe.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
38.	Lieferungsverträge , s. Kaufverträge.				
39.	(1) Lustbarkeiten , Genehmigungen der Ortspolizei- behörden: a) zum Betrieb eines Zirkus, eines nicht mit menschlicher oder tierischer Kraft bewegten Karussells oder eines Kinematographen und dergleichen — 10 — b) zur Veranstaltung von Musikaufführungen, Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten aller Art — 5 — (2) Bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer macht es keinen Unterschied, ob die Lustbarkeiten von einzelnen Personen oder von öffentlichen, Privat- oder geschlossenen Gesellschaften dargeboten werden. (3) Bei Lustbarkeiten geringfügiger Art kann der Stempel auf 3, 2, 1 Mark oder in ganz be- sonderen Fällen bis auf 0,50 Mark ermäßigt werden.				
40.	Mäkler, vereidigte , Urkunden über die Bestäti- gung oder Anstellung derselben — 25 —				
41.	Miet- und Pftermietverträge , s. Pacht- und Pfterpachtverträge.				
42.	(1) Namensänderungen , Genehmigungen zur An- derung des Familiennamens — 100 — sofern damit eine Namensvermehrung verbunden ist — 200 — (2) Bei nachgewiesener Bedürftigkeit oder aus Billigkeitsgründen kann der Stempel bis auf ... — 5 — ermäßigt werden. (3) Namensvermehrung und Namenswechsel bei adeligen Namen ein Viertel der Sätze der Tarif- stelle 60 Buchstabe a.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(42.)	(4) Erfolgt die Namensvermehrung und der Namenswechsel in Verbindung mit einer Standeserhöhung, so kommt außerdem der für letztere in der vorerwähnten Tariffstelle verordnete Stempelbetrag zur Erhebung. (5) Befreit sind Namensänderungen, bei denen es sich um die Umwandlung eines fremdsprachigen in einen deutschen Namen handelt.				
43.	(1) Naturalisationsurkunden , mit Ausnahme derjenigen, welche für im Reichsdienst angestellte Ausländer ausgestellt werden	—	150	—	
	(2) Bei nachgewiesener Bedürftigkeit des zu Naturalisierenden kann der Stempel bis auf ermäßigt werden.	—	5	—	
44.	Nießbrauchsbestellungen , Anträge auf Eintragung eines Nießbrauchs an im Inlande gelegenen unbeweglichen Sachen oder ihnen gleichgeachteten Rechten sowie Urkunden über die Bestellung eines Nießbrauchs an beweglichen Sachen oder Rechten	$\frac{3}{10}$	—	—	des Kapitalwertes der nach dem Reinertrage des Nießbrauchs zu berechnenden Nutzungen.
45.	Notariatsurkunden , welche die Stelle einer in diesem Tarife versteuerten Verhandlung vertreten, wie diese; sonst und in allen Fällen mindestens	—	3	—	
46.	Notarielle Zeugnisse , wie amtliche Zeugnisse, f. Zeugnisse.				
47.	Offizierpatente , wie Bestellungen, f. diese.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
48.	Pacht- und Mietverträge.				
	I. 1. (1) Schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung oder Vermietung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen oder ihnen gleichgeachteter Rechte, sofern der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pacht- oder Mietzins beträgt:				
	mehr als 360 Mark, aber nicht mehr als 400 Mark	$\frac{1}{10}$	—	—	des Pacht- oder Mietzinses, wobei der Wert nicht in Geld bestehender Nebenleistungen dem Zinse nicht hinzuzurechnen ist,
	mehr als 400 Mark, aber nicht mehr als 500 Mark	$\frac{2}{10}$	—	—	
	mehr als 500 Mark, aber nicht mehr als 1 000 Mark	$\frac{3}{10}$	—	—	
	mehr als 1 000 Mark, aber nicht mehr als 2 000 Mark	$\frac{4}{10}$	—	—	
	mehr als 2 000 Mark, aber nicht mehr als 3 000 Mark	$\frac{5}{10}$	—	—	
	mehr als 3 000 Mark, aber nicht mehr als 4 000 Mark	$\frac{6}{10}$	—	—	
	mehr als 4 000 Mark, aber nicht mehr als 5 000 Mark	$\frac{7}{10}$	—	—	
	mehr als 5 000 Mark, aber nicht mehr als 6 000 Mark	$\frac{8}{10}$	—	—	
	mehr als 6 000 Mark, aber nicht mehr als 7 000 Mark	$\frac{9}{10}$	—	—	
	mehr als 7 000 Mark, aber nicht mehr als 8 000 Mark	1	—	—	
	mehr als 8 000 Mark, aber nicht mehr als 9 000 Mark	$1\frac{1}{10}$	—	—	
	mehr als 9 000 Mark, aber nicht mehr als 10 000 Mark	$1\frac{2}{10}$	—	—	
	mehr als 10 000 Mark, aber nicht mehr als 11 000 Mark	$1\frac{3}{10}$	—	—	
	mehr als 11 000 Mark, aber nicht mehr als 12 000 Mark	$1\frac{4}{10}$	—	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Markt Pf.	
(48.)	mehr als 12 000 Mark, aber nicht mehr als 13 000 Mark	1 ⁵ / ₁₀	—	—
	mehr als 13 000 Mark, aber nicht mehr als 14 000 Mark	1 ⁶ / ₁₀	—	—
	mehr als 14 000 Mark, aber nicht mehr als 16 000 Mark	1 ⁷ / ₁₀	—	—
	mehr als 16 000 Mark, aber nicht mehr als 18 000 Mark	1 ⁸ / ₁₀	—	—
	mehr als 18 000 Mark, aber nicht mehr als 20 000 Mark	1 ⁹ / ₁₀	—	—
	mehr als 20 000 Mark	2	—	—
	insoweit nicht die Bestimmungen des Abs. 6 Ziffer 3 unter I dieser Tariffstelle zur Anwendung kommen.			
	(2) Betrifft das Mietverhältnis Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, so bleiben 50 vom Hundert der nach dem vorstehenden Absätze zu berechnenden Stempelabgabe unerhoben.			
	(3) Betrifft ein Mietverhältnis zum Teil Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, zum Teil andere Räume, so tritt die Ermäßigung des vorhergehenden Absatzes nur ein, wenn in dem im Abs. 8 unter I dieser Tariffstelle vorgeschriebenen Verzeichnis eine entsprechende Trennung des Mietzinses gemacht ist. Die Trennung kann auch nachträglich bis zum Ablaufe des Januar, in welchem das Verzeichnis einzureichen ist, von den hierzu Verpflichteten schriftlich oder zu Protokoll der Zollbehörde erklärt werden. Bei der nach dem Abs. 10 unter I dieser Tariffstelle gestatteten Vorausbezahlung der Abgabe kann die Trennung in der angegebenen Form innerhalb einer Frist von einem Monate nach der Ver-			

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(48.)	steuerung des Verzeichnisses noch nachträglich vor- genommen werden. Trägt die Zollbehörde Be- denken, die Trennung als richtig anzunehmen, so finden die §§ 6, 7 und 27 Abs. 3 dieses Gesetzes Anwendung.				
2.	(4) Schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung der Jagd auf inländischen Grundstücken (Jagdpachtverträge), wenn der ver- abredete, nach der Dauer eines Jahres zu be- rechnende Pachtzins beträgt:				
	mehr als 300 Mark, aber nicht mehr als 500 Mark.....	2	—	—	des Pachtzinses, wobei der Wert nicht in Geld be- stehender Nebenleistungen dem Zinse nicht hinzu- rechnen ist.
	mehr als 500 Mark, aber nicht mehr als 1 500 Mark.....	3	—	—	
	mehr als 1 500 Mark, aber nicht mehr als 3 000 Mark.....	5	—	—	
	mehr als 3 000 Mark, aber nicht mehr als 6 000 Mark.....	7	—	—	
	mehr als 6 000 Mark, aber nicht mehr als 8 000 Mark.....	9	—	—	
	mehr als 8 000 Mark.....	10	—	—	
	Verträge über die Anpachtung von gemein- schaftlichen Jagdbezirken unterliegen jedoch, so- fern der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins den Betrag von 1 500 Mark nicht übersteigt, nur einem Stempel von.....	$\frac{3}{10}$	—	—	wie vor,
	wenn als Pächter ausschließlich solche Inländer auftreten, welche im Gemeindebezirk ihren Wohn- sitz haben und zu den Jagdgenossen des Jagd- bezirkes gehören.				
	Schriftliche oder mündliche Verträge über die Erlaubnis zum Abschusse jagdbarer Tiere auf inländischen Grundstücken gegen Entgelt stehen den Jagdpachtverträgen gleich mit der Maßgabe,				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(48.)	daß das innerhalb des laufenden Kalenderjahres zu zahlende Entgelt an die Stelle des nach der Dauer eines Jahres zu berechnenden Pachtzinses tritt. Sie unterliegen indessen einem Mindeststempel von jährlich.....	—	15	—	
	(5) Enthält ein schriftlicher oder mündlicher Vertrag neben sonstigen Vereinbarungen auch Vereinbarungen über die Verpachtung der Jagd oder über Berechtigungen zum Abschusse jagdbarer Tiere gegen Entgelt, so ist der auf diese Vereinbarungen entfallende Teil des Entgelts nach den Vorschriften über Jagdpachtverträge zu versteuern. Trägt die Zollbehörde Bedenken, das Entgelt, das in das im Absf. 8 unter I dieser Tariffstelle vorgeschriebene Verzeichnis einzutragen ist, als richtig anzunehmen, so finden die §§ 6, 7 und 27 Absf. 3 dieses Gesetzes entsprechende Anwendung.				
	3. (6) Schriftliche oder mündliche Verträge über die Verpachtung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, sofern der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins beträgt:				
	mehr als 300 Mark, aber nicht mehr als 3 000 Mark	$\frac{1}{10}$	—	—	} wie vor.
	mehr als 3 000 Mark, aber nicht mehr als 30 000 Mark	$\frac{2}{10}$	—	—	
	mehr als 30 000 Mark.....	$\frac{3}{10}$	—	—	
	(7) Befreiungen.				
	Befreit sind:				
	1. Pacht- und Mietverträge, bei denen der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pacht- oder Mietzins ausschließlich des Wertes nicht in Geld bestehender Nebenleistungen den Betrag von 360 Mark,				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(48.)	<p>beziehungsweise bei Jagdpachtverträgen und den im Abs. 6 bezeichneten Verträgen den Betrag von 300 Mark, nicht übersteigt;</p> <p>2. Mietverträge, durch die Gastwirte oder Zimmervermieter Fremde zur Beherbergung aufnehmen.</p> <p>(8) Die Besteuerung der Verträge erfolgt in der Art, daß jeder Verpächter oder Vermieter verpflichtet ist, nach Schluß eines jeden Kalenderjahres die während dessen Dauer in Geltung gewesenen Verträge einzeln in ein Verzeichnis (Pacht- und Mietverzeichnis) einzutragen, das enthalten muß:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bezeichnung des Gegenstandes des Vertrages; 2. die Namen der Pächter und Mieter; 3. die Dauer des Vertragsverhältnisses während des Kalenderjahres; 4. den Pacht- und Mietzins; 5. den erforderlichen Stempelbetrag; 6. die Versicherung des Verpächters oder Vermieters, daß andere als die im Verzeichnis aufgeführten Pacht- und Mietverträge, an denen er als Verpächter oder Vermieter beteiligt gewesen sei, im Kalenderjahre nicht in Geltung gewesen seien; 7. die Namensunterschrift des Verpächters oder Vermieters. <p>(9) Das Verzeichnis über die während der Dauer des Kalenderjahres in Geltung gewesenen Verträge ist der zuständigen Zollstelle spätestens bis zum Ablaufe des Januar des darauf folgenden Jahres unter Einzahlung des erforderlichen Stempelbetrages von dem Verpächter oder Vermieter einzureichen. Auf Antrag kann den Verpächtern oder</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(48.)	<p>Vermietern die Versteuerung der Verträge durch das Verzeichnis ohne amtliche Überwachung auf Widerruf gestattet werden; in diesem Falle ist das Verzeichnis unbeschadet der in den Abs. 12, 13 und 14 enthaltenen Verpflichtungen der Zollbehörde nur auf Verlangen einzureichen.</p> <p>(10) Die Vorausbezahlung der Abgabe auf einen über das Kalenderjahr hinausgehenden Zeitraum ist zulässig; die Versteuerung der Verzeichnisse kann in diesen Fällen schon vor Beginn desjenigen Januar, in dem sonst die Versteuerung vorgenommen werden müßte, bewirkt werden. Die im § 11 des Gesetzes vorgeschriebene Abrundung auf 0,50 Mark findet unter Zugrundelegung des Gesamtbetrages der im voraus entrichteten Stempelabgabe statt.</p> <p>(11) Die in den Verzeichnissen zu machenden Angaben können auf Verlangen bei der Zollbehörde zu Protokoll erklärt werden.</p> <p>(12) Die Verzeichnisse sind von den zu ihrer Führung verpflichteten Personen fünf Jahre lang aufzubewahren. Auf Verlangen erfolgt die Aufbewahrung durch die Zollbehörde.</p> <p>(13) Verpächter und Vermieter, welche Verzeichnisse nicht eingereicht haben, sind verpflichtet, der Zollbehörde auf Verlangen darüber Auskunft zu geben, ob im vorangegangenen Kalenderjahre Pacht- oder Mietverträge, an denen sie als Verpächter oder Vermieter beteiligt waren, in Geltung gewesen sind.</p> <p>(14) Die nach den vorstehenden Bestimmungen den Verpächtern und Vermietern obliegenden Verpflichtungen sind auch von deren Vertretern zu erfüllen.</p> <p>(15) Im Dezember jeden Jahres ist von den Hauptzollämtern auf die Bestimmungen über die</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(48.)	<p>Führung der Verzeichnisse und die Versteuerung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern aufmerksam zu machen.</p> <p>(16) Behörden sind berechtigt, die Versteuerung der von ihnen zu führenden Verzeichnisse selbst zu bewirken.</p> <p>(17) Wenn Pacht- oder Mietverträge vor Ablauf der vertragsmäßig festgesetzten Zeit ihr Ende erreichen, so ist der Stempel nur für die Zeit bis zur Beendigung der Verträge zu entrichten.</p> <p>(18) Auf Verträge, bei denen der Jahreszins 360 Mark, beziehungsweise auf Jagdpachtverträge und die im Abs. 6 bezeichneten Verträge, bei denen der Jahreszins 300 Mark übersteigt, findet die Vorschrift des § 4 Buchstaben a dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß ein Stempel nicht in Ansatz kommt, wenn der für die Gesamtdauer des Vertragsverhältnisses zu entrichtende Pacht- oder Mietzins den Betrag von 150 Mark nicht übersteigt.</p> <p>(19) Die Beurkundungen von Abtretungen der Rechte aus Verträgen dieser Tariffstelle unterliegen einer anderen als der nach den obigen Bestimmungen zu entrichtenden Stempelsteuer nicht.</p> <p>(20) Wenn in einem Verträge dieser Tariffstelle bestimmt ist, daß das Rechtsverhältnis unter gewissen Voraussetzungen als verlängert gelten soll, so kommen für die hiernach eintretenden Verlängerungen die vorstehenden Bestimmungen zur Anwendung.</p> <p>(21) Die durch Briefwechsel oder einen Austausch sonstiger schriftlicher Mitteilungen zustande gekommenen Verträge sind hinsichtlich der Stempelpflicht wie förmliche schriftliche Verträge zu behandeln.</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mar.	Pf.	
(48.)	(22) Anmerkung. Mehrere zwischen denselben Vertragsbeteiligten innerhalb eines Jahres geschlossene Pacht- oder Mietverträge gelten hinsichtlich der Stempelpflichtigkeit als ein einheitlicher Pacht- oder Mietvertrag, wenn anzunehmen ist, daß der Abschluß der mehreren Verträge zur Vermeidung des höheren Steuerfußes oder zur Erlangung der Steuerfreiheit gewählt worden ist.				
	II. Schriftliche Pacht- oder Mietverträge über außerhalb Landes gelegene Grundstücke oder ihnen gleichgeachtete Rechte sowie über Jagdberechtigungen an solchen Grundstücken	—	1	50	
	III. (1) Schriftliche Pacht- oder Mietverträge anderer als der unter I und II bezeichneten Art	$\frac{3}{10}$	—	—	des Zinses,
	mindestens aber	—	1	50	
	(2) Der Stempel berechnet sich nach der Dauer der bedungenen Vertragszeit; bei Verträgen auf unbestimmte Zeit ist der Versteuerung eine einjährige Dauer zu Grunde zu legen. Bei Verträgen, die auf die Lebenszeit des Verpächters oder Pächters, des Vermieters oder Mieters geschlossen sind, kommt die Vorschrift des § 6 Abs. 10 des Gesetzes zur Anwendung.				
49.	Pässe (Paßkarten) zu Reisen in der Regel	—	3	—	
	für Handwerksburschen, Dienstboten, Lohnarbeiter und andere Personen ähnlichen Standes jedoch nur	—	1	—	
	zum Transport von Leichen wegen deren Beerdigung außer dem Kirchsprengel, worin der Todesfall sich ereignet hat	—	5	—	
	bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann der Stempel bis auf	—	1	50	
	ermäßigt werden.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
50.	Policen , s. Versicherungsverträge.				
51.	(1) Polizeistunde , Genehmigungen der Verlän- gerung der Polizeistunde für einzelne Wirtshäuser und öffentliche Vergnügungsorte	—	25	—	
	(2) Genehmigungen auf die Dauer von weniger als einer Woche	—	1	50	
52.	Proteste , Wechselproteste und Proteste anderer Art, wenn der Wert des Gegenstandes beträgt mehr als 150 Mark, aber nicht mehr als 1000 Mark.	—	1	50	
	mehr als 1000 Mark	—	3	—	
53.	(1) Protokolle , auch von den Parteien nicht unter- schriebene, welche in Privatangelegenheiten von Behörden und Beamten aufgenommen sind und die Stelle einer im gegenwärtigen Tarife besteuerten Verhandlung vertreten, wie diese, mindestens aber	—	3	—	
	(2) Protokolle, welche nicht die Stelle einer im Tarife besteuerten Verhandlung vertreten, sind stempelfrei.				
	(3) Bei Protokollen, welche von Notaren auf- genommen sind, kommt die Tarisstelle „Notariats- urkunden“ zur Anwendung.				
54.	(1) Punktationen über einen zu errichtenden Ver- trag, welche die Kraft eines Vertrages haben und demnach eine Klage auf Erfüllung begründen, sind wie Verträge über denselben Gegenstand und zwar auch dann zu versteuern, wenn darin die Aufnahme einer förmlichen Vertragsurkunde vorbehalten ist.				
	(2) Zu einer Vertragsurkunde, welche auf Grund einer mit dem Wertstempel belegten Punk- tation demnächst aufgenommen wird und im wesent- lichen denselben Inhalt hat wie diese, kommt der zur Punktation verwendete Wertstempel in Anrechnung.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
55.	Registraturen , wenn sie die Stelle der Protokolle vertreten, wie diese.				
56.	Fällt aus.				
57.	Schiedssprüche , und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte, als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsrichter	$\frac{1}{10}$	—	—	des Wertes des Streitgegenstandes,
	jedoch mindestens	—	2	—	
	höchstens	—	100	—	
	ist der Wert des Streitgegenstandes unschätzbar	—	10	—	
58.	Schuldverschreibungen.				
	I. (1) Schuldverschreibungen, hypothekarische und persönliche aller Art, insoweit es sich nicht um der Reichsstempelabgabe unterworfenen Wertpapiere handelt	$\frac{1}{12}$	—	—	des Kapitalbetrages der Schuldverschreibung.
	Urkunden, in denen der Betrag der verschriebenen Schuld nur dem Höchstbetrage nach bestimmt ist, sind dem Stempel dieser Tarifstelle nicht unterworfen.				
	(2) Ermäßigungen:				
	a) Schuldverschreibungen über Kaufgelder, Erbgelder oder sonstige Forderungen aus zweiseitigen Verträgen, falls diese Verträge gehörig versteuert sind und alle wesentlichen Bedingungen des Schuldverhältnisses enthalten, wie Nebenausfertigungen derselben (vgl. die Tarifstelle „Duplikate“);				
	b) (1) Schuldverschreibungen über Darlehen, welche innerhalb Jahresfrist oder in einem kürzeren Zeitraume zurückzuzahlen sind	$\frac{1}{50}$	—	—	der dargeliehenen Summe in Abstufungen von 20 Pf. für je 1000 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages;

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Sum- dert	Mark	Pf.	
(58.)	(2) So oft die Rückzahlungsfrist durch schriftliche Verabredungen über die Verlängerung der Darlehen oder durch Ausstellung neuer Schuldverschreibungen bis zu einem Zeitraume von einem Jahre erweitert wird, je	$\frac{1}{50}$	—	—	wie vor,
	(3) jedoch für die ursprüngliche Verschreibung und sämtliche Verlängerungen nicht mehr wie	$\frac{1}{12}$	—	—	der dargeliehenen Summe;
	(4) Beurkundungen der Verlängerung der Rückzahlungsfrist über den Zeitraum von einem Jahre hinaus	$\frac{1}{12}$	—	—	wie vor,
	(5) jedoch unter Anrechnung der für die Beurkundungen der ursprünglichen Verschreibung und der früheren Verlängerungen bereits entrichteten Stempel.				
	(6) Die Vorschriften der vorhergehenden Absätze finden entsprechende Anwendung auf nicht oder in nicht stempelpflichtiger Form beurkundete, tatsächlich eintretende Erweiterungen und Verlängerungen der Rückzahlungsfrist mit der Maßgabe, daß die Frist je für den Zeitraum eines Jahres als verlängert gilt, falls nicht erweislich ein längerer Zeitraum verabredet ist. Die Stempel, die in diesen Fällen nachträglich erforderlich werden, sind zu der ursprünglichen Urkunde binnen zwei Wochen nach dem Eintritte der Verlängerung zu verwenden.				
	(7) Die Anrechnung der früher gezahlten Stempel ist bei schriftlichen Verlängerungen nur zulässig, wenn auf den Schriftstücken über die Verlängerung vom Aussteller vermerkt ist, zu welchen Urkunden und zu welchen Beträgen die früher gezahlten Stempel verwendet sind.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(58.)	<p>(3) Befreiungen:</p> <p>a) Beurkundungen über die Verlängerung der Rückzahlungsfrist, wenn es sich um Schuldverschreibungen handelt, die mit einem Zwölftel vom Hundert des Kapitalbetrages bereits versteuert sind;</p> <p>b) Beurkundungen von zinsbaren Darlehen, welche gegen spezielle Verpfändung oder Hinterlegung von edlen Metallen, Waren, Wechseln oder Wertpapieren gegeben werden (Combarddarlehen) und innerhalb Jahresfrist oder in einem kürzeren Zeitraume zurückzahlen sind, vorausgesetzt, daß der Wert des hinterlegten Pfandes dem gewährten Darlehen mindestens gleichkommt;</p> <p>c) Sparkassenbücher und Bescheinigungen über einzelne Einlagen seitens öffentlicher und solcher Sparkassen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen, insbesondere solcher, welche die Gewinnverteilung ausgeschlossen haben, sowie der Sparkassen derjenigen eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Reichsgesetz vom 1. Mai 1889, Reichs-Gesetzbl. S. 55), welche die Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits bezwecken;</p> <p>d) für Kommunalverbände, Kommunen oder Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer oder Grundkredit- und Hypothekendarlehen ausgestellt Schuldschreibungen, auf Grund deren reichsstempelpflichtige Renten- und Schuldschreibungen demnächst ausgereicht werden;</p> <p>e) Briefe oder sonstige schriftliche Mitteilungen im bankgeschäftlichen Verkehr über die Ausleihung von Geldern auf feste Termine oder auf Kündigung mit oder ohne Frist.</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(58.)	II. (1) Kaufmännische, nicht auf Ordre ausgestellte Verpflichtungsscheine über Leistungen von Geld	$\frac{1}{50}$	—	—	des Kapitalbetrages der Scheine in Abstufungen von 20 Pf. für je 1 000 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages.
	(2) Die Befreiung zu I unter e findet Anwendung.				
	(3) Für die Verlängerung der Rückzahlungsfrist gelten die Bestimmungen zu I unter Ermäßigungen zu b und Befreiungen zu a und e.				
III.	(1) Der Antrag auf Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld oder einer wiederkehrenden Geldleistung im Grundbuch oder in einem für solche Eintragungen bestimmten öffentlichen Buche	$\frac{1}{12}$	—	—	der einzutragenden Summe oder des Kapitalwertes der Geldleistung oder des Betrages der Ablösungssumme bei Rentenschulden;
	sowie der Antrag auf Eintragung der Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld oder einer wiederkehrenden Geldleistung durch den eingetragenen Gläubiger in Büchern der bezeichneten Art	$\frac{1}{12}$	—	—	der Summe, für welche die Post verpfändet wird, wenn diese Summe geringer ist als die Summe oder der Kapitalwert oder die Ablösungssumme der verpfändeten Post, sonst der letzteren Summe oder des Kapitalwertes oder der Ablösungssumme.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(58.)	<p>(2) Die Vorschriften der Tarisstelle „Abtretung von Rechten“ fünfter bis einschließlich achter Absatz finden sinngemäße Anwendung.</p> <p>(3) Die Abgabe wird bei einem Antrag auf Eintragung einer Hypothek für die Ansprüche aus Anleihe-Teilschuldverschreibungen nicht erhoben, wenn dem Grundbuchamt innerhalb einer Frist von einem Monat eine Bescheinigung der Zollbehörde darüber vorgelegt wird, daß die durch § 3 des Reichsstempelgesetzes vorgeschriebene vorläufige Anmeldung der Versteuerung erfolgt ist, sofern innerhalb dreier Monate vom Tage der Vorlegung dieser Bescheinigung auf einem als beglaubigte Abschrift herzustellenden Formulare der Teilschuldverschreibungen seitens der zuständigen Steuerabstempelungsstelle die Vorlegung und die nach dem Reichsstempelgesetz erfolgte Versteuerung der sämtlichen, die Hypothek erschöpfenden Teilschuldverschreibungen bescheinigt ist und dem Grundbuchamte die Bescheinigung der Zollbehörde binnen weiterer vier Wochen vorgelegt wird.</p>				
59.	<p>(1) Sicherstellung von Rechten, Beurkundungen darüber, wenn der Wert der sichergestellten Rechte</p> <p>600 Mark nicht übersteigt — — 50</p> <p>1 200 „ „ „ — 1 —</p> <p>10 000 „ „ „ — 1 50</p> <p>bei einem höheren Betrage — 5 —</p> <p>(2) Auf Höchstbetragshypotheken im Sinne des § 1190 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden die vorstehenden Steuersätze gleichfalls Anwendung.</p> <p>(3) Der Stempel darf in keinem Falle den für die Beurkundung des sicherzustellenden</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(59.)	Rechtes zur Erhebung gelangenden Stempel übersteigen. (4) Ist der Wert der sichergestellten Rechte nicht schätzbar (5) Befreit sind: a) Urkunden über Dienstkautionen der Beamten öffentlicher Behörden; b) in Schuldverschreibungen zur Sicherheit der Schuldverpflichtung vom Schuldner abgegebene Erklärungen; c) Urkunden über Sicherstellungen der Vor- münder (§ 58 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875, Gesefsamml. S. 431).	—	1	50	
60.	Standeserhöhungen und Gnadenerweise, landesherrliche. a) (1) Standeserhöhungen für die Verleihung der Herzogswürde . " " " " Fürstenwürde . " " " " Grafenwürde . " " " " Freiherrnwürde " " " " des Adels (2) Wenn in obigen Verleihungen mehrere Seitenverwandte mit aufgenommen werden, so wird für jeden Seitenverwandten die volle Taxe besonders erhoben. (3) Die vorstehend festgesetzten Beträge werden auch erhoben, wenn eine Standes- erhöhung aus Anlaß oder bei Gelegenheit einer Adoption oder Legitimation stattfindet. (4) Für Anerkennung und Bestätigung einer von einem auswärtigen Fürsten ver- liehenen Standeserhöhung eines Inländers werden die obigen Sätze erhoben.	—	10 000	—	
		—	6 000	—	
		—	3 600	—	
		—	2 400	—	
		—	1 200	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(60.)	(5) Für die Verleihung des preussischen Adels an einen ausländischen Adligen kommt die Hälfte des für die Verleihung der betreffenden Adelsstufe vorgeschriebenen Stempels in Ansatz.				
	(6) Für sonstige nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen der bezüglich einer Standeserhöhung getroffenen Bestimmungen wird, sofern keine anderen Vorschriften Anwendung finden, ein Fünftel des Steuerfußes für die betreffende Standeserhöhung in Ansatz gebracht;				
	b) (1) Wappenvermehrungen und Wappenänderungen ein Achtel der Sätze zu a.				
	(2) Erfolgt die Wappenvermehrung und Wappenänderung in Verbindung mit einer Standeserhöhung, so kommt außerdem der für letztere vorgesehene Stempelbetrag zur Erhebung;				
	c) Erhebung eines Inbegriffs von Gütern zu einer Standesherrschaft, einem Herzogtum oder Fürstentume	—	12 000	—	
	d) Verleihung des Patents für einen Kammerjunker	—	800	—	
	" " Kammerherrn	—	2 400	—	
	sofern letzterer vorher Kammerjunker war	—	1 600	—	
	e) für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen				
	Geheimer Kommerzienrat	—	5 000	—	
	Kommerzienrat	—	3 000	—	
	Geheimer Kommissionsrat	—	1 000	—	
	Kommissionsrat	—	500	—	
	im übrigen	—	300	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark Pf.	
61.	Statuten von Gesellschaften, Vereinen usw., f. Gesellschaftsverträge Buchstaben e.			
62.	Strafbescheide der Finanzbehörden, sofern die Strafe, einschließlich des Wertes der eingezogenen Gegenstände, 15 Mark übersteigt	—	1 50	
63.	Tauschverträge , f. Kaufverträge.			
64.	Tagen von Grundstücken , insofern sie wegen eines Privatinteresses unter Aufsicht einer öffentlichen Behörde aufgenommen werden	—	3 —	
65.	Testamente , f. Verfügungen von Todes wegen.			
66.	Verfügungen von Todes wegen , einschließlich der Erbverträge sowie der im § 2301 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Schenkungsversprechen, Schuldversprechen oder Schuld- anerkennnisse: 1. (1) wenn der Wert des Gegenstandes beträgt: nicht mehr als 1 000 Mark	—	3 —	
	mehr als 1 000 Mark, aber nicht mehr als 10 000 Mark	—	5 —	
	mehr als 10 000 Mark, aber nicht mehr als 20 000 Mark	—	10 —	
	mehr als 20 000 Mark, aber nicht mehr als 50 000 Mark	—	15 —	
	mehr als 50 000 Mark, aber nicht mehr als 200 000 Mark	—	20 —	
	mehr als 200 000 Mark, aber nicht mehr als 300 000 Mark	—	30 —	
	mehr als 300 000 Mark, aber nicht mehr als 500 000 Mark	—	40 —	
	mehr als 500 000 Mark	—	50 —	
	(2) Für die Stempelberechnung bei einer gemeinschaftlichen Verfügung ist der Gesamtbetrag des Wertes beider Verfügungen maßgebend.			

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mar.	Pf.	
(66.)	<p>(3) Für die Werthberechnung ist der Zeitpunkt der Fälligkeit der Stempelsteuer maßgebend. Soweit die Stempelverwendung unter amtlicher Überwachung stattfindet, sind der Werthberechnung die Angaben des Steuerpflichtigen zu Grunde zu legen. Die Vorschriften des § 7 dieses Gesetzes finden vor Eröffnung der Verfügung keine Anwendung;</p> <p>2. wenn die Verfügungen von Todes wegen lediglich Anordnungen nicht vermögensrechtlicher Art, Nachträge, Ergänzungen und Erläuterungen zu letztwilligen Verfügungen enthalten</p> <p style="text-align: center;">Befreiungen:</p> <p>1. Verträge und Erklärungen aller Art, die lediglich den Widerruf, die Zurücknahme oder die Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen oder einzelner in solchen Verfügungen enthaltenen Anordnungen betreffen;</p> <p>2. die im § 2249, § 2250 oder § 2251 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und im § 44 des Reichsmilitärgesetzes bezeichneten Testamente.</p>	—	3	—	
67.	<p>(1) Vergleiche</p> <p>(2) Ist jedoch durch den Vergleich ein unter den Parteien bisher nicht in stempelpflichtiger Form zustande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im wesentlichen aufrecht erhalten oder ein anderes Rechtsgeschäft neu begründet worden, so ist zu dem Vergleiche, wenn diese Geschäfte nach dem gegenwärtigen Tarif einem höheren als dem für Vergleiche verordneten Stempel unterworfen sind, dieser höhere Stempel zu verwenden.</p> <p>(3) Befreit sind die von Schiedsmännern und Gewerbegerichteten aufgenommenen Vergleiche, sofern nicht die Voraussetzungen des vorhergehenden Absatzes Anwendung finden.</p>	—	3	—	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Sum- dert	Mark	Pf.	
68.	<p>(1) Verleihungen des Bergwerkseigentums, Urkunden darüber (§§ 22 ff. des Allgemeinen Berggesetzes für die Preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 — Gesefzsamml. S. 705 —)</p> <p>(2) Bei geringerem Werte des Bergwerkseigentums kann der Stempel bis auf 100 Mark ermäßigt werden.</p>	—	500	—	
69.	Verpflichtungsscheine , kaufmännische, s. Schuldschreibungen II.				
70.	<p>(1) Versicherungsverträge, auch in der Form von Policen und deren Verlängerungen, wenn sie betreffen:</p> <p>a) (1) Lebens- und Rentenversicherungen, einschließlich der Versicherungen auf den Lebensfall (Altersversorgung, Aussteuer, Militärdienst und dergleichen),</p> <p>(2) Bei Rentenversicherungen wird der Kaufpreis und in Ermangelung eines solchen der zehnfache Betrag der Rente als Versicherungssumme angesehen.</p> <p>(3) Werden bei Versicherungen gleicher Art von demselben Versicherer mehrere Urkunden für dieselbe Person ausgestellt, so berechnet sich die Stempelabgabe nach dem Gesamtbetrage der versicherten Summe.</p> <p>(4) Befreit sind Versicherungen, bei welchen die versicherte Summe den Betrag von 3 000 Mark nicht übersteigt;</p>	$\frac{1}{20}$	—	—	der versicherten Summe in Abstufungen von 10 Pf. für je 200 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Sum- mert	Mark	Pf.	
(70.)	b) (1) Unfall- und Haftpflichtversicherungen..	$\frac{1}{2}$	—	—	des Gesamtbetrages der verabredeten Prämien in Abstufungen von 10 Pf. für je 20 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages.
	(2) Befreit sind Versicherungen, bei denen die verabredeten Jahresprämien den Betrag von 40 Mark nicht übersteigen;				
	c) (1) Versicherungen gegen andere Gefahren (Feuer-, Hagel-, Viehversicherungen usw.) für jedes Jahr der Versicherungsdauer	$\frac{1}{1000}$	—	—	d. i. 1 Pf. von Eintausend Mark der versicherten Summe in Abstufungen von 10 Pf. für je 10 000 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages.
	(2) Jeder Bruchteil eines Versicherungsjahres kommt bei der Besteuerung als ein volles Jahr in Betracht.				
	(3) Ist im Versicherungsvertrage bestimmt, daß die Versicherung, falls keine Kündigung erfolgt, sich für einen ferneren Zeitraum verlängert, so ist für die auf diese Weise eintretenden tatsächlichen Verlängerungen ebenfalls der in dieser Tariffstelle vorgeschriebene Stempel zu verwenden. Die Stempel, die in diesen Fällen nachträglich erforderlich werden, sind zu der ursprünglichen Urkunde oder einer Urkunde über Verlängerung des Versicherungsvertrages binnen zwei Wochen nach dem Eintritte der Verlängerung zu verwenden. Der Finanzminister ist ermächtigt, hinsichtlich der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichteten Versicherungsverträge und Policen eine Fristverlängerung eintreten zu lassen.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(70.)	(4) Die den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten reglementsmäßig zustehenden Stempelsteuerprivilegien finden Anwendung auf alle Schriftstücke, welche sich auf den Eintritt der Versicherungsnehmer in diese Anstalten oder spätere Abänderungen der Versicherungen beziehen.				
	(5) Befreit sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Versicherungen, bei welchen die versicherte Summe den Betrag von 3 000 Mark nicht übersteigt; 2. Versicherungen bei den auf Gegenseitigkeit gegründeten und nicht die Erzielung von Gewinn bezweckenden Versicherungsanstalten, deren Versicherungsbeträge durch Umlage erhoben werden und deren Geschäftsbetrieb über den Umfang einer Provinz nicht hinausgeht. 				
	(2) Befreit sind Verträge über Rückversicherungen und Transportversicherungen.				
	(3) Anmerkung. Für die im Ausland errichteten Urkunden dieser Tariffstelle ist die Stempelsteuer, und zwar vor der Aushändigung der Urkunden an die Versicherungsnehmer, auch dann zu entrichten, wenn in den Fällen der Tariffstelle 70 a und b der Versicherungsnehmer im Inlande wohnt und in den Fällen der Tariffstelle 70 c die versicherten Gegenstände sich im Inlande befinden.				
71.	Verträge, <ol style="list-style-type: none"> 1. (1) durch welche ein früherer stempelpflichtiger Vertrag lediglich aufgehoben wird ... 		3		

Zu kaufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(71.)	(2) Wenn jedoch die Verabredung über die Aufhebung oder Beseitigung des früheren Vertrages sich als eine in diesem Tarife besonders aufgeführte Verhandlung darstellt, so kommt derjenige Steuersatz zur Anwendung, welchem die Verabredung nach den Vorschriften dieses Tarifs unterliegt.				
	(3) In besonderen Fällen kann der zu entrichtende Wertstempel aus Billigkeitsrücksichten bis auf $\frac{1}{20}$ ermäßigt werden;				
2.	(1) über sonstige vermögensrechtliche Gegenstände, wenn keine andere Tarifstelle zur Anwendung kommt	—	3	—	
	sind die Verträge nur Nebenverträge eines Hauptvertrages und werden sie mit diesem zusammen in einer Urkunde beurkundet. . . . jedoch nicht über den zu dem Hauptvertrage selbst erforderlichen Stempel hinaus.	—	1	50	
	(2) Ein auf unbestimmte Zeit oder auf Kündigung abgeschlossener Vertrag gilt in betreff der Stempelpflichtigkeit als ein auf ein Jahr abgeschlossener.				
	(3) Befreiungen:				
	a) Lehrverträge;				
	b) Verträge, durch welche Arbeits- und Dienstleistungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen zu gewissen Zeiten wiederkehrendes Entgelt (Lohn, Gehalt und dergleichen) versprochen werden, wenn der Jahresbetrag der Gegenleistung 1 500 Mark nicht übersteigt.				
72.	Vokationen der Geistlichen und Schullehrer, wie Bestallungen, s. diese.				

vgl.
Pag. 192
S. 117
Zusatz u.
100 u. d.

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
73.	(1) Vollmachten, Ermächtigungen und Aufträge zur Vornahme von Geschäften rechtlicher Natur für den Vollmachtgeber, wenn der Wert des Gegenstandes der Vollmacht				
	500 Mark nicht übersteigt	—	—	50	
	1 000 " " "	—	1	—	
	3 000 " " "	—	1	50	
	6 000 " " "	—	3	—	
	10 000 " " "	—	5	—	
	15 000 " " "	—	7	50	
	bei einem höheren Betrage	—	10	—	
	wenn die Vollmacht zur Vornahme aller oder gewisser Gattungen von Geschäften für den Vollmachtgeber ermächtigt (Generalvollmacht) und der Wert des Gegenstandes 50 000 Mark übersteigt..	—	20	—	
	(2) Steht der Bevollmächtigte in einem Dienstverhältnisse zu dem Vollmachtgeber, höchstens...	—	1	50	
	(3) Wenn der Wert des Gegenstandes der Vollmacht nicht schätzbar ist, wenn es sich insbesondere um Vollmachten zur Ausübung des Stimmrechts in Gesellschaften aller Art handelt	—	1	50	
	(4) Bei Prozeßvollmachten treten an Stelle der Steuerfüße des ersten Absatzes von 3, 5, 7, 50, 10, die Steuerfüße von 2, 3, 4, 5 Mark.				
	(5) Schriftstücke, in welchen jemand einem Dritten gegenüber erklärt, daß er einem anderen die Vornahme einer Angelegenheit rechtlicher Natur aufgetragen habe, sind dem Stempel nicht unterworfen, sofern nicht die Verkehrssitte eine Vollmacht in diesen Fällen erfordert und durch das Schriftstück die förmliche Vollmacht ersetzt werden soll.				
	(6) Zu Vollmachten, in denen mehrere nicht in einer Erb- oder sonstigen Rechtsgemeinschaft				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(73.)	<p>stehende Personen einen Bevollmächtigten bestellen, ist der Vollmachtstempel so oft zu verwenden, als Vollmachtgeber vorhanden sind.</p> <p>(7) Wenn bei einer gerichtlichen oder notariellen Versteigerung durch die Kaufbedingungen oder durch besondere Erklärungen bestimmte Personen bevollmächtigt werden, nach erfolgtem Zuschlage für die Versteiglasser oder für die Ansteigerer die Auflassungserklärung abzugeben und für die Ansteigerer die Eintragung der Steigpreise zu bewirken, so ist der Vollmachtstempel ohne Rücksicht auf die Anzahl der Beteiligten und der abzugebenden Erklärungen nur einmal in Ansatz zu bringen, sofern nach Inhalt des Protokolls die Vollmacht auf einen Zeitraum von längstens drei Tagen nach Ablauf des Tages, an welchem der Zuschlag erfolgt, beschränkt wird.</p> <p>(8) Substitutionen bei einer Prozeßvollmacht, welche nicht in einer nach diesem Tarif einem besonderen Stempel unterliegenden Verhandlung ausgestellt werden, sind stempelfrei, sofern über die ursprüngliche Vollmacht eine vorschriftsmäßig versteuerte Urkunde vorhanden und dies entweder auf der Substitutionsvollmacht vermerkt ist oder die ursprüngliche Vollmacht sich bei den Gerichtsakten befindet.</p>				
74.	Vorrechtseinräumungen (Prioritätszeffionen) . . .	—	3	—	
75.	(1) Werkverdingungsverträge , inhalts deren der Übernehmer auch das Material für das übernommene Werk ganz oder teilweise anzuschaffen hat, sind, falls letzteres in der Herstellung beweglicher Sachen besteht, wie Lieferungsverträge unter Zugrundelegung des für das Werk bedungenen Gesamtpreises zu versteuern.				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz		Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark Pf.	
(75.)	<p>(2) Handelt es sich bei dem verdingenen Werke um eine nicht bewegliche Sache, so ist der Werkverdingungsvertrag so zu versteuern, als wenn über die zu dem Werke erforderlichen, von dem Unternehmer anzuschaffenden beweglichen Gegenstände in demjenigen Zustand, in welchem sie mit dem Grund und Boden in dauernde Verbindung gebracht werden sollen, ein dem Steuersatz der Tariffstelle „Kauf- und Tauschverträge“ Buchstabe c oder der Ziffer 3 der „Ermäßigungen und Befreiungen“ dieser Tariffstelle unterliegender Lieferungsvertrag und außerdem hinsichtlich des Wertes der Arbeitsleistung ein dem Steuersatz der Tariffstelle „Verträge“ Ziffer 2 unterworfenen Arbeitsvertrag abgeschlossen wäre.</p> <p>(3) Die Vorschrift des § 10 dieses Gesetzes findet entsprechende Anwendung dergestalt, daß, insoweit eine Trennung des Gesamtpreises nicht vorgenommen ist, der höchste Steuersatz zu entrichten ist.</p>			
76.	Wiederaufhebung von Verträgen, s. Verträge Ziffer 1.			
77.	<p>(1) Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, innerhalb der Zuständigkeit der ausstellenden Behörde oder des ausstellenden Beamten erteilte</p> <p>(2) Beurkundungen der Gerichtsvollzieher nach § 17 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetzsamml. S. 249)</p> <p>(3) Befreit sind:</p> <p>a) Zeugnisse, auf Grund deren ein anderes amtliches Zeugnis oder ein Paß (Reise- oder Leichenpaß, Paßkarte) ausgestellt werden soll;</p>	—	3 —	
		—	— 50	

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(77).	<p>b) Zeugnisse aller Art, welche von Geistlichen in bezug auf kirchliche Handlungen erteilt werden, insbesondere Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Toten- und Beerdigungsscheine;</p> <p>c) Zeugnisse, welche zum Nachweise der Berechtigung zum Genuße von Wohltaten, Stiftungen und anderen Bezügen für hilfsbedürftige Personen dienen sollen oder welche wegen Zahlung von Wartegeldern, Pensionen, Unterstützungsgeldern, Krankengeldern, Beerdigungskosten, Witwen- und Waisengeldern und ähnlichen Kosten und Geldern als Rechnungsbelege bei öffentlichen oder privaten Kassen und Anstalten eingereicht werden müssen;</p> <p>d) (1) Führungszeugnisse, insoweit sie nicht zur Erlangung der in den Tarifstellen „Erlaubniserteilungen“ und „Zustbarkeiten“ aufgeführten Genehmigungen usw. erforderlich sind. (2) Den Führungszeugnissen stehen gleich Zeugnisse über geleistete Arbeiten in Anstalten, welche von unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörden betrieben werden;</p> <p>e) Beglaubigungen von Unterschriften unter Anträgen und Verhandlungen, die nach ihrem Inhalt ausschließlich zu einer Eintragung oder Löschung in öffentlichen, das Eigentum und die Belastung von Grundstücken und selbständigen Gerechtigkeiten feststellenden Büchern erforderlich sind, sowie die mit solchen Beglaubigungen verbundenen Zeugnisse über die Vertretungsbefugnis der Beteiligten;</p>				

Laufende Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		vom Hun- dert	Mark	Pf.	
(77.)	f) Beglaubigungen von Unterschriften der Ge- suche um Auszahlung hinterlegter Gelder nach § 25 Abs. 2 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetzsamml. S. 249). (4) In den unter a und c bezeichneten Fällen tritt die Stempelfreiheit nur dann ein, wenn der dieselbe begründende Zweck aus der Urkunde hervorgeht. Wird von den Attesten zu anderen Zwecken nachträglich Gebrauch gemacht, so ist der Stempel nachzuverwenden.				
78.	Zuschlagsbescheide , wie Kaufverträge, s. diese.				

Tabelle

über den

gegenwärtigen Kapitalwert einer Rente oder Ruzung im Werte von 1 Mark auf eine bestimmte Anzahl von Jahren behufs Berechnung der davon zu entrichtenden Stempelsteuer.

(Zu § 6 des Gesetzes.)

Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert	
	Mark	Pf.		Mark	Pf.		Mark	Pf.		Mark	Pf.
1	1	0,0	22	15	02,9	43	21	18,6	64	23	88,7
2	1	96,2	23	15	45,1	44	21	37,1	65	23	96,9
3	2	88,6	24	15	85,7	45	21	54,9	66	24	04,7
4	3	77,5	25	16	24,7	46	21	72,0	67	24	12,2
5	4	63,0	26	16	62,2	47	21	88,5	68	24	19,4
6	5	45,1	27	16	98,3	48	22	04,3	69	24	26,4
7	6	24,2	28	17	33,0	49	22	19,5	70	24	33,0
8	7	00,2	29	17	66,3	50	22	34,2	71	24	39,5
9	7	73,3	30	17	98,4	51	22	48,2	72	24	45,6
10	8	43,5	31	18	29,0	52	22	61,8	73	24	51,6
11	9	11,1	32	18	58,9	53	22	74,8	74	24	57,3
12	9	76,0	33	18	87,4	54	22	87,3	75	24	62,8
13	10	38,5	34	19	14,8	55	22	99,3	76	24	68,0
14	10	98,6	35	19	41,1	56	23	10,9	77	24	73,1
15	11	56,3	36	19	66,5	57	23	22,0	78	24	78,0
16	12	11,8	37	19	90,8	58	23	32,7	79	24	82,7
17	12	65,2	38	20	14,3	59	23	43,0	80	24	87,2
18	13	16,6	39	20	36,8	60	23	52,8	81	24	91,5
19	13	65,9	40	20	58,5	61	23	62,4	82	24	95,7
20	14	13,4	41	20	79,3	62	23	71,5	83	24	99,7
21	14	59,0	42	20	99,3	63	23	80,3	84	25	00,0
										und mehr.	

Inhalt

des

Stempelsteuergesetzes.

I. Abschnitt.

Von der Pflicht zur Entrichtung der Stempelsteuer.

- § 1. Gegenstand der Stempelsteuer.
- § 2. Verhältnis des Auslandes zum Inlande.
- § 3. Allgemeine Grundsätze über die Stempelpflichtigkeit.
- § 4. Sachliche Stempelsteuerbefreiungen.
- § 5. Persönliche Stempelsteuerbefreiungen.
- § 6. Wertermittelung.
- § 7. Verpflichtung der Privatpersonen, Behörden und Beamten zur Auskunfterteilung; amtliches Ermittlungsverfahren.
- § 8. Unbestimmtheit des Wertes des Gegenstandes.
- § 9. Versteuerung mehrerer über denselben Gegenstand ausgestellter Urkunden.
- § 10. Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltener Gegenstände.
- § 11. Mindestbetrag der Stempelsteuer und Abstufungen derselben.
- § 12. Verpflichtung zur Zahlung der Stempelsteuer.
- § 13. Haftbarkeit für die Stempelsteuer.

II. Abschnitt.

Von der Erfüllung der Stempelpflicht und den Folgen der Nichterfüllung.

- § 14. Art der Erfüllung der Stempelpflicht.
- § 15. Zeit der Stempelverwendung bei den von Behörden und Beamten aufgenommenen Verhandlungen.
- § 16. Zeit der Stempelverwendung bei Verhandlungen der Privatpersonen.
- § 17. Festsetzung von Geldstrafen gegen Privatpersonen.
- § 18. Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Privatpersonen.
- § 19. Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Beamte einschließlich Notare.
- § 20. Straffreiheit.
- § 21. Strafverfahren.
- § 22. Strafvollstreckung.
- § 23. Verjährung der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung.

III. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

- § 24. Ersatz für die vor dem Verbrauche verдорbenen Stempelzeichen.
- § 25. Erstattung bereits verwendeter Stempel.
- § 26. Rechtsweg.
- § 27. Verjährung der Stempelsteuer.
- § 28. Berechnung der Fristen.
- § 29. Kosten.
- § 30. Verwaltung der Stempelsteuer.
- § 31. Aufsichtsführung.
- § 32. Anfertigung, Verkauf und Verwendung von Stempelzeichen und Anlegung von Verzeichnissen.
- § 33. Unbefugter Handel mit Stempelzeichen.
- § 34. Übergangsbestimmungen.
- § 35. Aufrechterhaltung und Aufhebung älterer Bestimmungen.
- § 36. Schlußbestimmung.

Anlagen zum Stempelsteuergesetz:

Tarif und Hilfstabelle.

